

Deutsche Rundschau

in Polen

Bezugspreis: In Bromberg mit Bestellgeld vierteljährlich 14,00 zł.
monatl. 4,80 zł. In den Ausgabestellen monatl. 4,50 zł. Bei
Postbezug vierteljährl. 16,18 zł. monatl. 5,39 zł. Unter Gireifband in Polen monatl. 8 zł.
Danzig 3 zł. Deutschland 2,50 zł. M. — Einzelnummer 25 Gr., Dienstags- und
Sonntags-Nummer 30 Gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsführung usw.) hat der Be-
zieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Gernruf Nr. 594 und 595.

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile 15 Groschen, die einspal-
tige Reklamezeile 125 Groschen. Danzig 10 bzv. 20 Pf.
Deutschland 10 bzw. 70 Goldpf., übriges Ausland 100%, Aufschlag. — Bei Plat-
vorstand und schwieriger Sa. 50%, Aufschlag. — Abbestellung von Anzeigen nur
schriftlich erbeten. — Öffentliche Gebühr 100 Groschen. — Für das Ertheilen der
Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.
Vorleschekontor: Posen 202157 Danzig 2528, Stettin 1847

Nr. 224.

Bromberg, Mittwoch den 30. September 1931.

55. Jahrg.

Abreise der französischen Minister.

Ein gemeinsames Communiqué.

Der Abschied.

Berlin, 29. September. (Eigene Drahtmeldung.) Ministerpräsident Laval und Außenminister Briand haben nach zweitägigem Aufenthalt in der deutschen Reichshauptstadt am Dienstag früh Berlin wieder verlassen.

Die Abfahrt vom Hotel Adlon erfolgte gegen 7½ Uhr. Unter den Linden und in den zum Bahnhof Friedrichstraße führenden Straßen hatten sich mehrere Hundert Zuschauer eingefunden, die die abreisenden französischen Minister höflich grüßten. Vereinzelt wurden wieder Rufe „Es lebe der Friede“ ausgebracht. Vor dem Bahnhof Friedrichstraße stand eine größere Zuschauermenge. Die polizeilichen Absicherungsmaßnahmen waren wieder sehr umfangreich. Polizeipräsident Wilczynski und Polizeioberst Heymannsberg leiteten persönlich die Absicherungsmaßnahmen. Im Führerzimmer des Bahnhofs Friedrichstraße unterhielten sich Reichskanzler Brüning und Reichsausßenminister Curtius, die ihre Gäste vom Hotel abgeholt hatten, noch längere Zeit mit den französischen Ministern. Zur Verabschiedung waren ferner erschienen Staatssekretär von Bülow, der deutsche Botschafter in Paris von Hoesch und viele andere Beamte der Reichskanzlei und des Auswärtigen Amtes, ferner der französische Botschafter in Berlin Francois-Poncet mit dem Personal der Botschaft. Die Unterhaltung zwischen den Ministern wurde auch auf dem Bahnsteig noch mehrere Minuten lang fortgesetzt. Die Minister stellten sich mehrfach den Pressephotographen und den Kinooperatoren zur Aufnahme. Nachdem Laval und Briand den Zug bestiegen hatten, unterhielten sie sich mit ihren deutschen Kollegen noch vom Fenster aus, bis der Zug um 7.50 Uhr die Halle verließ.

Die Tranksprüche.

Bei dem Abendessen, das Reichskanzler Dr. Brüning zu Ehren der französischen Gäste gab, wurden zwischen Dr. Brüning und Laval Tranksprüche gewechselt:

Reichskanzler Dr. Brüning

führte u. a. aus: In Ihnen, Herr Ministerpräsident, begrüße ich den Chef der Französischen Regierung, der, in besonders schwerer und erster Zeit berufen, die Geschick des französischen Volkes zu leiten, es in kurzer Zeit verstanden hat, sich größtes Ansehen und höchste Achtung unter den Völkern Europas und der Welt zu erwerben. In Ihnen, Herr Minister Briand, sehe ich den erfahrenen Staatsmann, der in der Spur zahlreicher französischer Kabinette gestanden hat und seit nunmehr fast sieben Jahren ununterbrochen die Außenpolitik der französischen Republik leitet. Für uns wird Ihr Name stets verbunden bleiben mit der Erinnerung an den leider so früh dahingerafften Minister Stresemann, dessen ich in dieser Stunde gedenken darf. Mit ihm sind Sie erstmalig in Vercors zusammengetroffen und haben die gemeinsame Arbeit in häufigen Zusammenkünften in Genf fortgesetzt, wobei ich die Pariser Zusammenkunft aus Anlaß der Unterzeichnung des Kellogg-Pakts nicht vergessen darf.

Während dieser Paktausschlus einen bleibenden Erfolg auf politischem Gebiet gebracht hat, ist die wirtschaftliche Lage der Welt mehr und mehr zum Mittelpunkt aller Sorgen geworden. Sie bildete den Hauptgegenstand unserer Besprechungen aus Anlaß des Besuches, den Reichsminister Dr. Curtius und ich Ihnen in Ihrer schönen Hauptstadt abstatteten.

Seit unserm Besuch hat sich die Lage Europas mächtig verschlechtert. Die wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten einzelner Länder haben sich zu einer Weltkrise verdichtet, deren Ausmaß wohl niemand voll vorausahnte und zu deren Überwindung außerordentliche Anstrengungen geboten erscheinen. Allenthalben quälen Not und Sorge, Unsicherheit und Verzweiflung die Völker, die erwartungsvoll auf ihre Regierungen schauen und von ihnen Befreiung aus der Krise erhoffen.

In dieser sorgenvollen Zeit ist längst die Erkenntnis Allgemeingut geworden, daß Europa nur durch zielbewußte und verständnisvolle Zusammenarbeit aller Nationen, mir durch schnelle und gegenseitige Hilfe vor dem schlimmsten Elend und dauerndem Zusammenbruch gerettet werden kann. Die Bedeutung des deutsch-französischen Verhältnisses für die Geschichte der Leidenden Nationen bedarf keiner Beweisführung mehr; sie ist aller Welt offenkundig.

Heute kann ich unter Zustimmung der gesamten Weltöffentlichkeit der Überzeugung ernst Ausdruck geben, die ich vor wenigen Monaten dahin zusammenfaßte, daß eine wirklich ausgewogene und fruchtbare Arbeit unter den Völkern Europas und die für den lebendigen Wirtschaftsaustausch mit der Neuen Welt notwendige Stabilisierung des europäischen Friedens erst an dem Tag gesichert erscheint, wo bei den größten Nachbarvölkern, Deutschland und Frankreich, das Vergangene seelisch überwunden ist und der Blick

und der Weg sich gemeinsam der Zukunft und ihrer geistigen, wirtschaftlichen und politischen Gestaltung zuwenden.

Wir wissen, daß die Erinnerung an die Vergangenheit zwischen Deutschland und Frankreich unendlich viel Trennendes enthält. Aber diese Erinnerung dürfen kein Hindernis sein, aus der Erfahrung die notwendigen Folgen zu ziehen, daß eine deutsch-französische Zusammenarbeit unentbehrlich ist, wenn die Wirtschaftsordnung Europas und der Welt von dem sie bedrohenden Zusammenbruch gerettet werden soll. Wir werden uns beiderseits von dem Willen leiten lassen, Trennendes beiseite zu lassen und das Gesetz zu suchen und aufzubauen, auf dem eine Gemeinsamkeit der Interessen besteht und eine Übereinstimmung gefunden werden kann. Angesichts des Ernstes und der Bedeutung der gemeinschaftlich in Angriff genommenen Aufgaben dürfen wir uns aber nicht verhehlen, daß bis zur Errreichung des beiderseits erstrebten Ziels

noch ein weiter und schwieriger Weg vor uns liegt. Der Schutt aus der Vergangenheit muß noch beiseite geräumt werden, aber auch das wird die Vollendung des gemeinsam in Angriff genommenen Werkes nicht aufhalten dürfen.

Indem ich der Hoffnung Ausdruck gebe, daß das Ergebnis unserer Zusammenkunft durch Förderung der Verständigung zwischen den beiden großen Nachbarvölkern der Festigung des Friedens in Europa dienen wird, und daß sie dazu beitragen wird, die Völker mit neuem Mut zur Errichtung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Nöte zu erfüllen, erhebe ich mein Glas und trinke auf das Wohl Ew. Excellenz.

Laval:

Herr Reichskanzler, meine Herren Minister, meine Herren!

Mein Freund Briand und ich danken Ihnen für Ihren freundlichen Empfang, den wir sehr zu würdigen wissen.

Sie können davon überzeugt sein, daß wir uns der Bedeutung unserer Anwesenheit in Berlin voll und ganz bewußt sind. Nichts kann dies besser charakterisieren, als die Tatsache, daß wir heute abend in demselben Saal versammelt sind, in dem vor mehr als einem halben Jahrhundert der Berliner Kongress getagt hat, und daß seit der Zeit, wo Herr Waddington uns in Berlin vertrat, ein französischer Ministerpräsident in amtlicher Eigenschaft nach Berlin gekommen ist.

Wir freuen uns, Sie, Herr Reichskanzler, sowie den Herrn Reichsminister des Äußern Dr. Curtius, heute begrüßen zu können. Sie, Herr Reichskanzler, gehören zu jener geistigen Elite, deren hohe und seltene Eigenheiten die Welt anerkennt und die in den schwierigsten Seiten ihren Gleichmut voll und ganz zu erhalten wissen. Herr Briand und ich sind nach Berlin gekommen mit den gleichen Bestrebungen, von denen der Herr Reichskanzler soeben gesprochen hat. Wir haben nicht nur einen Akt der Höflichkeit vollzogen, und der freundlichen Einladung, die an uns ergangen war, folge letzten wollen. Wir möchten in dieser großen und schönen Hauptstadt des Reichs die Fäden der Besprechungen von Paris und London wieder aufnehmen und fortführen.

Seit zwei Monaten hat sich die wirtschaftliche Lage der Welt nicht gebessert; sie erfordert von allen Staatsmännern, die in der gegenwärtigen Zeit die schwere Aufgabe haben, die Völker zu führen, eine Anstrengung des guten Willens und der gegenseitigen Zusammenarbeit. Nur dann wird das Gefühl des Vertrauens, ohne das es keinen Kredit, keinen Warenaustausch, keine fruchtbare Arbeit und keine Hilfe in der heutigen Krise gibt, allmählich wiederhergestellt werden.

Das Beispiel, das Deutschland und Frankreich in dieser Hinsicht geben können, ist sicher dazu angetan, den günstigsten Einfluß auszuüben. In den wirtschaftlichen Fragen und in dem Rahmen, der erst kürzlich in Genf aufgestellt worden ist, wollen wir versuchen, zwischen den beiden Völkern eine engere Zusammenarbeit und vertrauensvolle Beziehungen herzustellen.

Wir hoffen, daß aus unseren Besprechungen mit den deutschen Ministern, deren Weitblick wir bereits Gelegenheit hatten, zu würdigen, nicht nur ein ständiger Organismus, sondern auch eine Methode hervorgehen werde, aus der sich sehr bald vollständige praktische Ergebnisse ergeben werden. Indem wir so handeln, sind wir der Überzeugung, nicht nur für das Wohl unserer beiden Länder, sondern auch für die Ordnung und den Frieden der ganzen Welt zu arbeiten.

Ich erhebe mein Glas zu Ehren unseres Gastgebers, des Herrn Reichskanzlers Brüning, und des Herrn Reichsministers des Äußern, und ich trinke mit Ihnen auf den Erfolg unserer gemeinsamen Arbeit.

Der Verlauf des Montag.

Nach dem Besuch bei dem Reichspräsidenten fuhr Ministerpräsident Laval in Begleitung Geheimrats von Friedberg nach dem Pergamon-Museum. Auch der Botschafter Francois Poncet, Berthelot und Léger begaben sich dorthin. Im Alten Museum, durch dessen Portal die Gäste das Museumsgebäude betraten, wurde Laval vom Reichskanzler Dr. Brüning, Dr. Curtius, den Staatssekretären von Bülow und Bünner sowie Botschafter von Hoesch empfangen. Hier übernahm der Generaldirektor der staatlichen Kunstsammlungen, Geheimrat Baehold, die Führung. Außer dem Pergamon-Museum wurde noch das Kaiser-Friedrich-Museum kurz besucht.

Bald nach 12 Uhr erhielt Außenminister Dr. Curtius im Hotel Adlon, um Briand abzuholen. Beim Verlassen des Hauses wurde der französische Außenminister mit lebhaften Rufen „Hoch Briand!“ empfangen. Die beiden Minister begaben sich nach Charlottenburg, um Frau Stresemann einen Besuch abzustatten.

Gegen Mittag fuhren Laval, Brüning, Briand und Curtius in die westliche Umgebung von Berlin, wo sie in Brünningslinden bei Gladom frühstückten. Dieses Frühstück gab eine neue Gelegenheit für persönliche Aussprache der deutschen und französischen Staatsmänner. Der Name der Villa hat nichts mit dem Reichskanzler zu tun. Die Villa ist vom Allgemeinen Deutschen Automobil-Club gepachtet, der für die Zusammenkunft einige Räume der Reichsregierung zur Verfügung stellte.

Nach der Rückkehr nach Berlin, fand eine neue Vollsitzung in der Reichskanzlei statt. Hier sollte der Abschluß der sachlichen Arbeiten der Berliner Besuchsage herbeigeführt werden. Um 8 Uhr fand in der französischen Botschaft ein offizielles Diner statt.

Das gemeinsame Communiqué.

Berlin, 29. September. (Eigene Drahtmeldung,) über die zwischen den deutschen und französischen Staatsmännern in Berlin abgehaltenen Konferenzen wurde gestern ein gemeinsames Communiqué herausgegeben, in dem u. a. festgestellt wird, daß sich die deutschen und französischen Minister bemüht haben, einen besonderen Organismus ins Leben zu rufen, dessen Arbeit reale Ergebnisse sichern würde. Im Zusammenhang damit kam man über ein gemeinsches deutsches-französisches Komitee zu bilden, das sich aus Vertretern der beiden Zentralbehörden unter Teilnahme von Vertretern verschiedener Wirtschaftsvereine zusammensezten soll. Die Leitung dieses Komitees würde in den Händen von Mitgliedern der beiden Regierungen bleiben. Außerdem wurde ein gemeinsames ständiges Generalkommissariat ins Leben gerufen. Das Komitee würde je nach dem Bedarf einmal in dem einen, das andere Mal in dem zweiten Lande beraten und seine Arbeiten sobald als möglich annehmen. Die Ansage des Komitees würde in der Prüfung aller Wirtschaftsfragen beruhen, die beide Völker betreffen, wobei auch die Interessen der anderen Völker und die Notwendigkeit nicht außer acht gelassen werden sollen. Das Komitee wird vor allem die Möglichkeit prüfen, die bis jetzt bestehenden Wirtschaftsverständigungen auszubauen und neue Verständigungen eventuell in neuen Organisationsformen herzustellen. Das Komitee wird den bisherigen Stand des Handelsaustausches zwischen den beiden Völkern beobachten und dies seit dem Abschluß der Handelsstrakte vom Jahre 1927 gesammelten Erfahrungen anzunehmen, endlich sich bemühen, gemeinsam neue Absatzmärkte zu erforschen.

Nach der einmütigen Meinung erschöpfen diese Aufgaben nicht sämtliche Möglichkeiten. Die Vertreter der beiden Länder legen großes Gewicht darauf, ausdrücklich zu betonen, daß ihre Aktion sich nicht gegen die Wirtschaft irgend eines anderen Landes richtet, und erklären dabei, daß sie jeglichen Versuch verwerfen, der Krisis mit Hilfe der Erhöhung der Zölle Herr zu werden. Die Vertreter der beiden Länder werden sich bemühen, mit anderen Völkern auf dem Gebiet zusammenzuarbeiten, den der Stand der Dinge erfordert wird. So kann u. a. die Möglichkeit untersucht werden, internationale Abkommen über den Schiffs- und Lustverkehr abzuschließen.

* Gerüchte über die Berliner Gespräche.

Nach Presseinformationen haben sich die gestrigen Gespräche der deutschen und französischen Minister nicht ausschließlich auf die Bildung einer Wirtschaftskommission und der Unfallkommissionen beschränkt. Man soll sich auch über

Probleme politischer Natur

unterhalten haben, u. a. über die Tributfrage, sowie die eventuelle Verlängerung des Termins der Nichtzahlung der Kriegsschulden. Man beschäftigte sich auch mit der Gewährung eines Kredits an Deutschland, sowie mit der Frage der Verlängerung der kurzfristigen Kredite in langfristige. Nach Informationen einiger Blätter stellte es sich heraus, daß in anbetracht der sehr kurzen Zeit eine gründliche Behandlung dieser Fragen unmöglich gewesen sei.

Wie sich die Warthauer Regierungspresse aus Berlin melden läßt, sind in dortigen militärischen Kreisen Gerüchte im Umlauf, nach denen sich die französische

Delegation bereit erklärt haben soll, Deutschland gewisse Zugeständnisse in der Frage der Abstützung für den Preis der Annahme von französischen politischen Bedingungen zu machen. Diese Bedingungen sollen derselben Quelle zufolge darauf beruhen, daß Deutschland auf die Absicht verzichtet, die Frage der polnischen Grenzen aufzuwerfen und sich mit der französischen Forderung eines politischen Moratoriums für die Dauer von zehn Jahren einverstanden erklären.

Die Pariser Presse über den Berliner Besuch.

Paris, 29. September. (Eigene Drahtmeldung.) Die Pariser Morgenblätter widmen den Berichten aus Berlin über den letzten Tag des französischen Ministerbesuchs und besonders über die Bildung des deutsch-französischen Ausschusses lebhafte Interesse. So schreibt der "Temps", der deutsch-französische Ausschuss, der in zehn Tagen gebildet werden soll, bedeute, daß Frankreich die Friedensverträge nicht anrühren lasse und nur unter den vom Ministerpräsidenten Laval im Juli aufgestellten Bedingungen bereit sei, Deutschland Kredite zu gewähren. Über die großen uns trennenden politischen Fragen habe man Schweigen bewahrt. Die Deutschen wüssten, daß Frankreich zu jedem wohlwollenden Entgegenkommen bereit sei, wenn sie darauf verzögerten, die bestehende Ordnung der Dinge umzuwälzen. "Ordre" schreibt, daß Laval urteilte und verurteilte sei. Frankreich habe noch die Möglichkeit, Herr des europäischen Spieles zu bleiben, wenn es seine Trümpfe nicht vergebe.

Im sozialistischen "Populaire" heißt es: Die Welt sei heute durch die Krise zu schwer betroffen, um sich durch Phrasen beruhigen zu lassen. Jetzt sei es notwendig, zu handeln. Der "Matin" erklärt, daß angesichts der hochgeschraubten Hoffnungen eine Reaktion zu befürchten sei. Daß sich die deutsch-französische Kommission mit Reparations- oder gar Kreditfragen befassen sollte, sei vollkommen ausgeschlossen. Der Ausschuss habe nur eine beratende Stimme in bezug der industriellen Fragen. Seine Aufgabe würde nach Lage der Dinge nicht leicht sein.

Der Besuch bei Hindenburg.

Über den Besuch der französischen Minister bei dem Reichspräsidenten berichtet die Pariser "Liberté": Der Reichspräsident sagte, daß der Besuch der beiden Minister ihn sehr erfreue. Er betonte die Notwendigkeit der Verständigung aller Völker, um die Not der Welt wirkungsvoll zu bekämpfen. Alles, was die Beziehungen zwischen Frankreich und Deutschland bessern könnte, sei von besonders großer Bedeutung. Ministerpräsident Laval erklärte, daß er es für seine Pflicht gehalten habe, dem deutschen Staatschef einen Besuch abzustatten. Laval betonte, daß dieser Besuch für ihn eine besondere Bedeutung habe, da er als französischer Außenminister die Politik des Friedens seit Jahren vorbereitet habe.

Sowohl "Intransigeant" wie "Liberté" weisen auf die Wichtigkeit dieser Begegnung hin. Der "Intransigeant" spricht von einem für die deutsch-französische Annäherung bedeutungsvollen Ereignis.

Amerika zum Berliner Besuch Laval's.

New York, 29. September. (Eigene Drahtmeldung.) Die gesamte amerikanische Wirtschaft spielt dem Berliner Besuch der französischen Minister große Bedeutung bei. Die Zeitungen geben in langen Sondertelegrammen auf der ersten Seite die Berichte ihrer Berliner Mitarbeiter wieder, während sie selbst in großen Zeitartikeln den Besuch als ein historisches Ereignis feiern. Die Annäherung der beiden Staaten Deutschland und Frankreich würde, wie die "New York Times" sagt, Europa Amerika näherbringen.

Die Wahlen zur Hamburger Bürgerschaft.

Berlin, 28. September. (Eigene Drahtmeldung.) Berichte fast sämtlicher Parteien zugunsten der Nationalsozialisten und Kommunisten.

Berlin, 28. September. (Eigene Drahtmeldung.) Das Ergebnis der gestrigen Bürgerschaftswahlen der Freien Stadt Hamburg zeigt folgendes Bild: Die Sozialdemokraten vereinigten auf sich 214 509 Stimmen (246 685 bei den Wahlen im Jahre 1928), die Kommunisten 168 618 (114 257), die Deutschnationalen 43 269 (94 048), die Demokraten 67 000 (87 553), die Volkspartei 36 920 (85 507), die Wirtschaftspartei 11 273 (20 130), die Nationalsozialisten 202 465 (14 760), das Zentrum 10 774 (9 402), der Christlichsoziale Volksdienst 10 874 (—).

Auf Grund dieser Ergebnisse wird sich die Hamburger Bürgerschaft zusammensetzen aus: 46 sozialdemokratischen Senatoren (60), 35 Kommunisten (27), 9 Deutschnationalen (22), 14 Demokraten (21), 7 Mitgliedern der Volkspartei (20), 2 Vertretern der Wirtschaftspartei (4), 43 Nationalsozialisten (8), 2 Vertretern des Zentrums (2) sowie 2 Mitgliedern des Christlichsozialen Volksdienstes.

Die Wahlbeteiligung betrug fast 90 Prozent, gegen 83,1 Prozent bei den letzten Reichstagswahlen. Der "Berliner Volksanzeiger" fasst das Urteil über die Wahl dahin zusammen: "Die Zerreißung der Mitte hat weitere Fortschritte gemacht, besonders die Volkspartei hat starke Einbuße erlitten. Auch die Sozialdemokraten versoren bedenklich, und die Kommunisten gewannen."

Die "Voss. Zeit." macht folgende Rechnung auf:

"Das Bild der Hamburger Bürgerschaft hat sich in der Weise verschoben, daß die Kombination von Sozialdemokraten, Staatspartei und Volkspartei, die bisher 103 von insgesamt 180 Sitzen zählte, nur noch über 69 Stimmen verfügt. Aber auch ein Zusammensetzen des rechten Flügels, von den Nationalsozialisten bis zur Deutschen Volkspartei, würde eine Minderheit von sogar nur 59 Stimmen ergeben. Auf dem linken Flügel (Sozialdemokraten plus Kommunisten) besteht zwar eine Mehrheit von 81 Stimmen, die aber nicht praktisch wird. Immerhin zeigt die Tatsache, daß auch jetzt ein Rechtskurs in Hamburg völlig unmöglich wäre.

Praktisch besteht auch für die Zukunft keine andere Möglichkeit des Regierens als die eines möglichst weit gezoogenen Mittelblocks.

Prof. Rybarski über die englische Krise.

(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter)

Der leitende Wirtschaftspolitiker der nationalistischen Rechten Abg. Professor Rybarski äußert sich in einem Artikel der "Gazeta Warszawska" über die Katastrophe des englischen Pfundes wie folgt:

"Der Abstieg des englischen Pfundes von seiner Goldbasis ist erst neulich erfolgt. Es ist daher noch nicht möglich, die sich daraus ergebenden Folgen in ihrem vollen Umfang zu übersehen. Das Pfund war nicht bloß eine englische Valuta, sondern (neben dem Dollar) eine internationale Valuta. Der englische Markt war eine der wenigen Finanzresidenzen der Welt (New York und in letzterer Zeit neben London auch Paris). Viele Ereignisse haben das unbedingte Übergewicht Englands auf den Weltmärkten untergraben, sie haben es jedoch von seiner bevorzugten Stellung nicht verdrängen können.

Wenn jetzt das englische Pfund aufhört, ein internationales Zahlungsmittel zu sein, so muß sich jeder sagen, daß ein Ereignis von epochaler Tragweite eingetreten ist, dessen Folgen sich, früher oder später, sogar in den stillen Winkel der Weltwirtschaft fühlbar machen werden.

"Es ist unbekannt, auf welchem Punkte das englische Pfund stehen bleibt, ob es gelingen werde, es durch eine entsprechende Devisenpolitik zu stabilisieren. Ein Teil der finanziellen öffentlichen Meinung Englands betrachtete die Rückkehr zur Goldbasis im Jahre 1925 als verspätet, als Quelle vieler Schwierigkeiten, insbesondere als Ursache der steigenden Arbeitslosigkeit. Unzweifelhaft kann eine schwächer Valuta sofort den englischen Export beleben, und dadurch die Lage der englischen Industrie verbessern. Das wird aber auf Kosten anderer Länder erfolgen, mit denen England lebhafte Handelsbeziehungen unterhält und zwar auf Kosten Deutschlands, Frankreichs, der Vereinigten Staaten Nordamerikas und der überseeischen britischen Besitzungen, d. h. daß der, der englischen Industrie gegebene künstliche Antrieb viel Verwirrung und Verwüstungen in der Welt hervorrufen wird und sogar auf die inneren Verhältnisse des britischen Imperiums nachteilig einwirken kann.

Manche Wirtschaftler waren der Ansicht, daß die notwendige Reduktion der Arbeitslöhne und der Unterstützung für die Arbeitslosen nur durch eine Verminderung der Kaufkraft des Geldes erzielt werden kann. In einem Irrtum aber wäre derjenige besangen, der glauben wollte, daß der Bruch mit der Goldbasis der Valuta ein bewußt vorbereiteter und durchdachter Schritt, das Ergebnis irgend eines Wirtschaftsplans sei. Wäre dies der Fall, würde England in letzterer Zeit nicht eine riesige Summe an kurzfristigen Krediten in Frankreich und Südamerika zur Stützung des Pfundes aufgenommen haben. Als Anhänger einer "leichten Inflation" kann nur der englische Industrielle in Frage kommen, während der englische Bankier und Kaufmann an der Erhaltung der Goldbasis des Pfundes interessiert ist. Und bisher hatte in der englischen Wirtschafts- und Finanzpolitik die Londoner City das Übergewicht über das protektionistische Rufen aus Birmingham und anderen industriellen Zentren Englands. Heute, nachdem man mit der Goldwährung gebrochen hat, ist es logisch, daß die protektionistischen Bestrebungen in der Handelspolitik Englands die Überhand bekommen.

Die Tragödie des englischen Pfundes ist der Ausdruck tiefergehender Umgestaltungen. Sie ist ein deutliches Zeichen des Bankens einer Macht von Staaten, welche vor allem von der Verarbeitung fremder Rohstoffe leben, welche in der industriellen Entwicklung zu sehr vorgeschritten und von den schrumpfenden Weltmärkten abhängig sind. England leidet darunter, daß in den neuen, bzw. den Ländern der alten asiatischen Zivilisation eine Industrie entsteht, anstatt daß diese Länder England ihre Rohstoffe und Nahrungsmittel zuführen und englische Produkte importieren.

Die Tendenz zur Entwicklung einer eigenen Industrie ist in der ganzen Welt allgemein und niemand vermag sie zum Stillstande zu bringen. Davon wird sehr stark England betroffen, aber in einem vielleicht noch stärkeren Grade das großindustrielle Deutschland. Und wenn man an die englische Krise denkt, ist es unmöglich, Deutschland zu vergessen. Um so mehr, als doch das sehr starke Engagement Englands in der deutschen Wirtschaft eine der unmittelbaren Ursachen des Zusammenbruchs des Pfundes war.

Die deutsche Juli-Krise verseherte dem Pfund einen Stoß; das Pfund brach im September zusammen; wird es dabei ein Ende haben, wird es keine wiederkehrende Welle geben?

Darüber sollten sich alle klar sein, die die englische Krise klassifizieren, die mittelbaren Wirkungen derselben vergessen wollen.

Fest steht jedenfalls eins: Die jetzige Weltwirtschaftskrise läßt sich in immer geringerem Grade in den Rahmen der gewöhnlichen Konjunktur-Prognosen fassen, welche vermuten ließen, daß in verhältnismäßig nicht weiter Zeit eine Besserung der Weltkonjunktur eintreten werde. In einer immer schwierigeren Lage befinden sich diejenigen, für welche der Kampf mit der Krise sich in der Lösung "des Durchhaltes" und des Abwartens, bis bessere Zeiten kommen werden, erschöpft. Der Zusammenbruch des englischen Pfundes bringt in den Verlauf der Depression, nach welcher eine automatische Besserung kontrolliert sollte, eine große Erschütterung. Er stellt dem französischen und nordamerikanischen Geldmarkts besonders schwierige Aufgaben. Er durchkreuzt den regelrechten Kapitalumlauf, erschwert die Erlangung von Krediten durch die, an Kapitalarmut leidenden Schuldenstaaten, wenn er sie, wenigstens vorläufig, nicht direkt unmöglich macht. Der Zusammenbruch des Pfundes bildet einen schmerzlichen Schlag für den internationalen Kredit. Dieser Schlag kann am schmerzlichsten diejenigen Länder treffen, welche in der Finanzfamilie der Welt den Platz armer Verwandter einnehmen.

Wenn jemand behauptet, die Erschütterung des englischen Pfundes treffe ihn nicht, weil er wenig Pfunde besitze oder überhaupt keine habe, so ist das eine Ansicht vom Niveau eines untergeordneten Geldwechselskontors, die aber nicht dem Ernst der Lage entspricht."

Wäre nicht Polen, so gäbe es auch kein Litauen

Haag, 25. September. (PAT) In der vor dem Ständigen Internationalen Gerichtshof im Haag schwelenden Verhandlung, wobei es sich um ein Gutachten darüber handelt, ob Polen verpflichtet ist, einen Eisenbahnhafenverkehr mit Polen zu unterhalten, erinnerte der polnische Delegierte Mr. Zalewski an die vom polnischen Außenminister August Zalewski in Genf gesprochenen Worte, daß Litauen seine Unabhängigkeit Polen verdanke, da im Falle einer Niederlage Polens im Jahre 1920 der Vertreter Litauens nicht in Genf an-

wesend wäre. (Und Deutschland mache sie alle beide frei! D. R.)

Der Gerichtsvorsteher schloß die Sitzung, behielt sich aber das Recht vor, zusätzliche Fragen zu stellen. Das formale mündliche Verfahren wurde noch nicht geschlossen; dagegen kann die Diskussion als beendet angesehen werden.

Japan droht mit dem Austritt aus dem Völkerbund.

Tokio, 28. September. (Eigene Drahtmeldung.) Der japanische Kriegsminister erklärte in einer Unterredung mit Vertretern der japanischen Presse, daß die japanische Armee trotz des Beschlusses des Völkerbundes in China verbleibe. Wenn der Völkerbund weiter in die chinesisch-japanischen Interessen eingreifen würde, so werde die Japanische Regierung gezwungen sein, die Forderungen der japanischen Öffentlichkeit, aus dem Völkerbund auszutreten.

Anschlag auf den chinesischen Außenminister.

Shanghai, 28. September. (Eigene Drahtmeldung.) Nach einer Meldung aus Nanking wurde am Sonntag der chinesische Außenminister Dr. Wang beim Betreten des Außenministeriums von chinesischen Studenten überfallen, die mit Stöcken und Schlagringen auf ihn einstiegen, bis er mit starken Verletzungen zusammenbrach. Die Studenten sollen die Tat aus patriotischen Gründen verübt haben, weil der Außenminister nicht die nötigen Schritte beim Völkerbund unternommen und Genf nicht gezwungen habe aktiv gegen Japan vorzugehen.

Rücktritt Lord Reading's im Falle von Neuwahlen.

London, 28. September. (Eigene Drahtmeldung.) Während des Wochendes sind dem "Daily Herald" aufgezeigt erneut Versuche gemacht worden, die Ausschreibung von Neuwahlen zu verhindern. Auch die Liberalen haben wieder ihren ganzen Einfluß gegen Neuwahlen geltend gemacht. Lord Reading habe sich jetzt entschlossen, zurückzutreten, falls Neuwahlen angeregt werden sollten. Ghandi erklärte, daß die Aussichten der englisch-indischen Konferenz durch Neuwahlen gefährdet würden und daß er nicht ewig in London bleiben könne.

Professor Rehnes zur englischen Währungskrise.

London, 28. September. (Eigene Drahtmeldung.) Der bekannte Wirtschaftler, Professor Rehnes, der stets ein Gegner des Goldstandards in England unter den gegenwärtigen Verhältnissen war, hält es, wie er im "Sunday Express" darlegt, für ausgeschlossen, daß das Pfund einer Katastrophe entgegensehe und meint, daß man sich sehr wundern müsse, wenn Deutschland nicht in absehbarer Zeit dem englischen Beispiel folge. Nach seiner Ansicht bedeutet die neue englische Finanzpolitik einen Vorstoß gegen die Exportkraft Amerikas und Frankreichs. Es ergeben sich aus dieser Lage zwei Möglichkeiten; entweder müsse England versuchen, etwa drei Viertel der ganzen Welt einschließlich des Britischen Weltreiches dazu zu veranlassen, ein neues Währungssystem zu entwickeln, das an den Preisen der Rohmaterialien gerechnet stabil ist oder man müsse fragen, ob die Länder mit Goldstandard ein Interesse daran hätten, die Bedingungen kennen zu lernen, unter denen England bereit ist, sich einem völlig neu zu gestaltenden Goldstandardsystem wieder anzuschließen.

Kritik Ghandis

an der Round-Table-Konferenz.

Im Verfassungsausschuß der Round-Table-Konferenz erklärte Ghandi, der schon in Gesprächen geäußert hatte, daß die Konferenz an den wesentlichsten Dingen vorbereite, er sei außerordentlich niedergeschlagen darüber, daß die Konferenzdelegierten nicht vom Volk gewählt, sondern von der Regierung ernannt worden seien. Die Verhandlungen zögern sich endlos in die Länge, ohne zu einem bestimmten Ziel zu führen. Bei den gegenwärtigen Verhandlungsmethoden sei ein Ergebnis nicht zu erwarten. Weiter sagte der Mahatma, er müsse auf der Einführung des allgemeinen Wahlrechtes in Indien bestehen. Gegen ein Zweikammer-System habe er erhebliche Bedenken. Er forderte die Regierung dringend auf, endlich ihre Absichten über die künftige Verfassung Indiens mitzuteilen und ihre Karten offen auf den Tisch zu legen.

Unterhosen für Ghandi.

Der "Kurier Poranny" meldet aus Paris: Eine heitere Geschichte spielt sich auf dem Pariser Bahnhof bei der Ankunft Ghandis ab. Eine Dame überreichte dort Ghandi ein größeres Paket. Der Geheimpolizist, die den Hinduführer auf seiner Fahrt durch Frankreich begleitet, schien die Sache verdächtig und in der Annahme, daß es sich um eine Söldenmaschine handeln könnte, wurde das Paket unter Beobachtung der größten Vorsicht geöffnet. Zum allgemeinen Erstaunen fand man statt des Explosivmaterials ein Paar gewöhnliche Hosen. Die ganze Sache fand eine baldige Lösung. Eine barmherzige und gefühlvolle Französin hatte gesehen, daß der indische Kämpfer um die Freiheit bei der gegenwärtigen kühlen Witterung ohne Unterwäsche reiste. Sie führte diese Tatsache auf die ungewöhnliche Armut Ghandis zurück, legte sich auf den Bahnhof und händigte ihm ein Paar Unterhosen ein. Die Philanthropin war sehr erstaunt, daß ihr Geschenk von den Detektiven falsch verstanden wurde.

Wasserstandsnachrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 29. September 1931.
Krakau + 0,82, Jawischowitz + 2,62, Warschau + 4,45, Płock + 2,80, Thorn + 3,02, Jordan + 2,82, Culm + 2,66, Graudenz + 2,85, Kurzefalz + 2,04, Biekel + 2,62, Drzehau + 2,58, Einlage + 2,60, Schleidenhorst + 2,64.

„Wir müssen uns aufopfern!“

Mahatma Ghandi:

„Der Weltfriede ist noch weit. Ich gebe mich darüber keinen Täuschungen hin. Ich habe im Verlauf eines halben Jahrhunderts genug erlebt an Lügen, an Feigkeiten und an Grausamkeiten des menschlichen Geschlechts. Was mich nicht daran hindert, es zu lieben. Denn selbst bei den Schlimmsten unter ihnen gibt es ein nescio quid Dei.“

Ich übersehe keineswegs das materielle Verhängnis, das auf dem Europa des zwanzigsten Jahrhunderts lastet, den erdrückenden Determinismus der ökonomischen Bedingungen, der es umklammert, die Jahrhunderte voller versteinerter Trümmern und Leidenschaften, die um die Seelen unserer Zeit eine harte Kruste bilden, die das Licht nicht zu durchdringen vermag...

Aber ich kenne auch die Kraft des Geistes. Aus der Geschichte habe ich ersehen, wie seine Blüte noch schwärzere Himmel durchdrangen als den, der auf unserer Zeit lastet. Ich habe diesen Glauben. Ich sehe ihn veracht und verfolgt in Europa. In meinem eigenen Lande sind wir nur eine Handvoll... (Sind wir wirklich eine Handvoll?...)

Aber wenn ich auch allein bliebe mit meinem Glauben, was kümmerte mich das? Es ist das Bezeichnende für den Glauben — nicht etwa die Feindseligkeit der Welt zu bestreiten — nein, sie zu sehen und doch zu glauben — gegen sie: das ist noch besser! Denn der Glaube ist Kampf. Der Weg des Friedens ist nicht der Weg der Schwäche. Wir sind viel weniger Feinde der Gewalt als Feinde der Schwäche. Was der Kraft entbehrt, hat keinen Wert: weder das Schlechte noch das Gute. Und lieber noch alles Böse als das Gute ohne Saff und Kraft. Der wimmernde Pazifismus ist dem Frieden tödlich: er ist eine Feigheit und Mangel an Glauben. Diejenigen, die nicht glauben können, oder die sich fürchten, mögen sich zurückziehen! Der Weg des Friedens ist die Aufopferung seiner selbst...

Aus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Allen unseren Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit angesichert.

Bromberg, 20. September.

Beständig.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet allgemein beständiges Wetter mit strichweisen Nachfristen an.

Tempo der Versteigerungen.

Ein neuer Beweis für die überaus traurige Wirtschaftslage und die damit zusammenhängende ungeheure Arbeitsüberlastung der Gerichtsvollzieher ist das amtliche Kreisblatt des Kreises Schubin, das in seiner Nr. 76 eine folgende Zusammenstellung von Zwangsversteigerungen bringt. Danach wurden an einem einzigen Tage, und zwar dem 25. September d. J., in Egin in geradezu amerikanischem Tempo folgende Versteigerungen durchgeführt:

- 8.20 Uhr: Am Markt Nr. 3: 10 Flaschen Wein, 2 Plüschofas, 15 Flaschen Schnaps.
8.40: Am Markt Nr. 6: 1 Wanduhr.
9.00: Am Markt Nr. 11: 15 Paar Schuhe.
9.40: Am Markt Nr. 13: 1 Plüschofa, 1 Schrank, 1 Buffet, 2 Tische, 2 Betten, 10 Stühle.
10.00: Am Markt Nr. 17: 2 Tünnchen Öl.
11.00: Am Markt Nr. 22: 100 Rollen Pappe, 10 Nasiermesser, 30 Taschenmesser, 5 Kaffee-Service.
11.20: Am Markt Nr. 23: 11 Paar Stiefel, 30 Paar Arbeitsschuhe, 30 Paar verschiedene Schuhe.
11.40: Am Markt Nr. 26: 1 Dezimalwage, 30 Paar Pantoffeln, 30 Bürsten.
12.00: Am Markt Nr. 26: 1 Schreibmaschine.
12.40: Am Markt Nr. 26: 1 Posten Popelin-Kleiderstoff.
13.00: Am Markt Nr. 28: 1 Schuster-Steppmaschine.
13.20: Posenerstraße 15: 1 Geldschrank, 1 Radivapparat, 1 Schreibmaschine, Sessel, 1 Sofa, 2 Arbeitspferde, 2 Arbeitswagen, 100 Kilo Stoff, 1 Adler-Schreibmaschine.
13.40: Posenerstraße 15: 1 Häsler-Schuber.
14.40: Posenerstraße 31: 20 Anzüge, 12 Damenmäntel, 15 Damenkleider, 200 Meter Barchent, 200 Meter Nesselfstoff, 40 Damenhemden, 50 Herrenhemden, 20 Paar Hosen, 100 Meter weißes und bunttes Leinen, 15 Herremantel, 30 Kinderanzüge, 10 Hüte und 15 Damen-Wintermäntel.
15.00: Posenerstraße 33: 1 Schrank.
15.20: Posenerstraße 2: 3 Plüschofas, 3 Tischen.
15.40: Posenerstraße 22: 1 Schrank.
16.00: Posenerstraße 33: 1 Partie Küchengeräte.

Preisfrage: Wer blieb in Egin von diesem Wirbelsturm der Versteigerungen verschont?

Die Scharfschützen veranstaltet am 1. und 2. Oktober d. J. das 62. Infanterie-Regiment auf dem Schießplatz in Jagdschütz. Die Zugangswege sind durch Militärposten gesichert.

Die Emissionen in den Wintermonaten. In den aller nächsten Tagen wird — wie verlautet — das Justizministerium eine Verordnung erlassen, wonach Emissionen in den Wintermonaten, d. h. vom 15. Oktober ab, nicht erfolgen dürfen.

Autokatastrophe. In der Nähe von Nizza in Südfrankreich ereignete sich vor einigen Tagen eine Autokatastrophe. Ein Auto, in dem sich Stadtrat Spikowski und Rechtsanwalt Michnik, beide aus Bromberg, befanden, kam auf der glatten Chaussee ins Schleudern, schlug gegen einen Chausseestein, so dass beide Insassen aus dem Auto stürzten. Während Stadtrat Spikowski mit heiler Haut davonkam, erlitt Rechtsanwalt Michnik einen Arm- und Beinbruch.

Ein Freispruch. Der Kaufmann Fritz Bachmann aus Bromberg hatte sich vor Gericht zu verantworten, da er am 18. Juni d. J. mit seinem Auto einen Knaben überfahren hatte. Bachmann fuhr am genannten Tage, vom Güterschuppen zurückkehrend, durch die Friedrich-Wilhelm-Straße (Bygmunta-Augusta). Der dreijährige, ohne Auf-

sicht auf dem Bürgersteig spielende Radzistam Janke überquerte in dem Augenblick die Straße, als sich das Auto näherte, wobei er von dem Kotflügel des Wagens erfasst und zu Boden gerissen wurde. Das Kind erlitt dabei Verletzungen, die jedoch nicht ernstlicher Natur waren. Die Zeugenaussagen konnten die Schuld des Angeklagten nicht beweisen, weshalb ihn das Gericht freisprach.

Vor der Strafkammer des hiesigen Bezirksgerichts hatte sich am Montag der Kaufmann Stefan Hauf zu verantworten. Im Jahre 1929 kaufte er von einer Posener Firma ein Auto, wobei er sich verpflichtete, den Preis in Höhe von 15 570 Zloty in monatlichen Teilzahlungen zu entrichten. Als Hauf ungefähr die Hälfte der in Zahlung gegebenen Wechsel eingelöst hatte, verkaufte er, obwohl sich die Autofirma, wie aus den Verkaufsbedingungen deutlich hervorgeht, das Eigentumsrecht bis zur endgültigen Regelung vorbehalten hatte, den Wagen weiter. Die Firma, die von der Transaktion des Angeklagten noch rechtzeitig erfuhr, ließ den Wagen mit Beschlag belegen. Der Angeklagte versuchte nun vor Gericht die Sache so darzustellen, daß er den Inhalt der Verkaufsbedingungen, die er unterschrieben hatte, nicht genau gekannt haben will. Den Ausführungen des Angeklagten schenkte das Gericht jedoch wenig Glauben und verurteilte ihn zu drei Monaten Gefängnis mit dreijährigem Strafaufschub. — Die Arbeiterin Anna Plocienit, aus dem Untersuchungsgefängnis vorgeführt, ist angeklagt, an dem Diebstahl, der in der Nacht zum 10. Juli d. J. in den Kloster Danzigerstraße, Inhaber Porciuska, ausgeführt worden war, beteiligt gewesen zu sein. In der fraglichen Nacht hielt ein Polizeibeamter zwei weibliche Personen an, die einen Sack bei sich trugen. Auf die Frage des Beamten, was sich in dem Sack befindet, erhielt er von einer der Frauen zur Antwort, daß der Sack Wäsche enthalte. Aufgefordert, mit zur Wache zu kommen, versuchten die beiden Frauen ihr Heil in der Flucht. Dem Polizeibeamten gelang es jedoch, eine der selben, die Angeklagte Plocienit, festzunehmen. Die Angeklagte, die sich an nichts mehr erinnern will, obwohl in dem Sack die aus dem Kloster entwendeten Tabakwaren vorgefunden wurden, wird vom Gericht zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Berümmter Schaukasten. Durch einen unbekannten Täter wurde ein Schaukasten der Firma „Nowosci Sezonowe“ in der Friedrichstraße (Duga) 69 eingeschlagen. Da von den ausgestellten Waren nichts gestohlen wurde, nimmt man an, daß als Täter ein Betrunkener in Frage kommt.

Veruntreuung. Jan Melkowksi, Sedanstraße (Chocimsk) 20 wohnhaft, meldet bei der Polizei, daß ein seiner Frau gehörendes Automobil, Marke „Fiat“, veruntreut worden ist.

Hestgenommen wurden im Laufe des gestrigen Tages eine Person wegen Bagabondage, eine wegen Diebstahls und drei Personen wegen Trunkenheit.

Vereine, Veranstaltungen ic.

Verein junger Kaufleute. Von Donnerstag, den 1. Oktober ab, finden die Vereinsabende wieder bei Böhme statt. (9070)

Raubmord um 35 Zloty.

Wirsitz (Wyrysz), 29. September. Zu dem kürzlich gemeldeten Raubfall auf das Anwesen des Landwirts Wincenty Tylumica in Gliniexgost (Witrogošč), Kreis Wirsitz, erfahren wir noch folgende Einzelheiten: In der Nacht zum Donnerstag gegen 1/2 Uhr klopfte jemand an das Fenster des Schlafzimmers, in dem sich der oben genannte Landwirt befand. Er erwachte aus dem Schlaftrat aus dem Fenster und fragte wer dort sei. Im selben Augenblick fiel ein Schuh durch das Fenster und Tylumica brach getroffen zusammen; die Kugel hatte eine Ader oberhalb des Knie verletzt. Der alte Mann schlepte sich nun nach dem anderen Zimmer, um seinen Sohn zu wecken, kam jedoch nicht weiter als bis zum Haustür, wo er infolge des starken Blutverlustes verschied. Die Verbrecher waren unterdessen von der anderen Seite des Gehöftes in das Haus gelangt, nachdem sie eine Tür mit Brechstangen ausgehoben und einige Revolverschüsse auf die Kinder des Ermordeten, einen erwachsenen Sohn und eine Tochter, abgegeben hatten. Die Banditen hielten die Einwohner mit ihren Revolvern in Schach und durchsuchten die ganze Wohnung. Sie öffneten alle Schränke und Schubladen, warfen alle Sachen heraus, durchsuchten selbst die Betten, aus denen sie die Strohsäcke herausholten und ausschütteten. Sie fanden schließlich nichts mehr als 35 Zloty und drangen auf die Frau des Ermordeten ein, ihnen zu sagen, wo sie die 8000 Zloty habe. Sie würgten die arme Frau und schlepten sie auf den Hof hinaus, wo sie ihnen zeigen sollte, an welcher Stelle das Geld vergraben wurde. Die Frau beteuerte unter Tränen, daß sie nicht mehr als 35 Zloty im Hause hätte, worauf die Banditen selbst das ganze Gehöft, den Hof und die Ställe nach dem Gelde absuchten. Schließlich hatten sie sich von der Fruchtlosigkeit ihrer Bemühungen überzeugt und verschwanden im Dunkel der Nacht.

Strelno (Strzelno), 28. September. Brände. In der Nacht zum Donnerstag entstand auf der Besitzung des Landwirts Josef Lepšzy in Nositschin (Nozyczyn) ein Feuer, durch welches die Scheune, ein Stall und Schuppen im Wert von 3800 Zloty vollständig eingäschert wurden. Mitverbrannt ist eine Dreschmaschine, eine Walze und eine Häckselmaschine, 8 Wagen Roggen und 4 Wagen Gerste im Gesamtwert von 1550 Zloty. Die Gebäude waren mit 500 Zloty versichert. Die Ursache des Feuers ist unbekannt. — Ein zweites Feuer brach in der vorhergehenden Nacht bei dem Besitzer Anton Kubala in Wola Kożuszowska aus, wo ein Getreideschöber, enthaltend 20 Wagen Roggen, vernichtet wurde. Der Wert wird auf 800 Zloty berechnet, versichert war der Staken mit 1600 Zloty. Auch hier ist die Brandursache unbekannt.

Inowroclaw, 28. September, 1½ Jahre Zucht- haus wegen Meineides. Der Landwirt Ledzianowski aus Rzadkwin im Kreise Strelno hatte im vergangenen Jahre von den Händlern Urmann und Mačuksi, die auf den Dörfern herumreisten, Stoffe im Wert von 120 Zloty gekauft und darauf einen Wechsel gegeben. Bei Fälligkeit löste er den Wechsel jedoch nicht ein. Die beiden Kaufleute erschienen auf seinem Gehöft und präsentierten ihm den Wechsel. Er entzog ihnen denselben, zerriss ihn mit den Worten, lebt sei er bezahlt und jagte die beiden mit einer Hacke bewaffnet unter Beschimpfungen vom Hofe. Es wurde Anzeige erstattet und hatte sich Ledzianowski nun wegen Beitrages zu verantworten. In dieser Verhandlung leistete die Schwester des L einen Meineid und wurde in Haft genommen. Wie sich später herausstellte,

hatte L seine Schwester dazu überredet. Beide erhielten Buchhausstrafen. Die Schwester wurde vorläufig auf freien Fuß gesetzt, L dagegen sofort in Haft genommen. Aber nicht nur die Schwester des L, sondern auch der alte Fischer Stachowiak aus Rzadkwin hatte, um L zu retten, einen Meineid geleistet und zum Meineid verleitet. Deshalb hatte er sich nun vor der verstärkten Strafkammer hieselbst zu verantworten. In den früheren Verhandlungen wurde ihm immer wieder Bedenken gegeben, seine Aussage gleich zu widerrufen, er machte aber davon keinen Gebrauch und bestand auf seiner falschen Aussage. Nach kurzer Beratung verurteilte ihn das Gericht zu 1½ Jahren Buchhaus, 5 Jahren Chorverlust und Absprechung der Eidesleistung auf Lebenszeit, außerdem zur Tragung der Gerichtskosten. — Am Sonntag abend gegen 9.30 Uhr wurde auf der ul. Król. Jadwigi der Wagen des Fräulein Rita Nehring aus Matywy von dem Auto P. S. 48 737 angefahren. Glücklicherweise wurde nur das eine Pferd leicht verletzt. Wer die Schuld an dem Unfall trägt, wird die eingeleitete Untersuchung ergeben. — In der Nacht zum Sonntag erbrachen unbekannte Diebe einen Stall in der ul. Szymborska Nr. 9 und entwendeten daraus eine Pferdedecke, einen Bentner Schrot und eine Pferdedecke.

Bißkupisz (Biskupiec), 28. September. Zu einer Schlägerei kam es in der hiesigen Gastwirtschaft am Sonnabend während eines Tanzvergnügens. Die Gäste schlugen mit Stühlen auf sich ein und zertrümmerten Gläser und Fenster. Der Gastwirt hat einen Schaden von 900 Zloty erlitten.

Wollstein (Wolsztyn), 28. September. Einbrecher stiegen in der Nacht zum Sonnabend durch ein Fenster in das Geschäftskloster der Monopol-Zigaretten- und Tabakhandlung von Bißkupisz, 5. Januarstraße, ein und raubten eine beträchtliche Menge Zigaretten u. a. Da die Diebe nur die besten Sorten des Mitnehmens wert hielten, ist der Schaden des Ladenbesitzers recht empfindlich. Auch eine erst vor wenigen Tagen gefaulte Remington-Schreibmaschine — kleines Modell, Wert 800 Zloty — ließen die Diebe mitgehen.

Posen (Poznań), 28. September. Festgenommen wurde Anna Bogaczynski, die aus der Wohnung im Hause Hollendorfstraße 23 Seide im Werte von 250 Zloty geföhnen hatte. — Nicht weniger als drei schwere Unglücksfälle durch Überfahren trugen sich gestern zu. Den ersten veranlaßte in der Trunkenheit der Chauffeur Franz Perz aus der Posenerstraße, der an der Ecke der fr. Bitter- und Bachstraße mit seinem Kraftwagen gegen eine Pferdetaxe fuhr, so daß beide Wagen schwer beschädigt wurden. Weiter überfuhr ein von dem Chauffeur Gustav Schiller gesteuertem Personenkraftwagen den fünfjährigen Heinrich Nycka, so daß er am Kopf schwere Verletzungen davontrug. Endlich wurde auf dem Schrotmarkt die siebenjährige Regina Karpińska von einem Wagen überfahren und am Fuße erheblich verletzt, so daß das Kind in das Stadtkrankenhaus geschafft werden mußte. — Der Mörder seines 16-jährigen Schwagers Janomir namens Halas ist verhaftet und nach Lyon überführt worden. Seine Auslieferung nach Polen dürfte demnächst erfolgen.

Aus Kongresspolen und Galizien.

Mława, 28. September. Schwere Eisenbahnglücksfälle. Infolge des andauernden Regens wurde der Eisenbahndamm der schmalspurigen Eisenbahnlinie Prasowice-Mława unterspült, wodurch vorgestern ein vom Maschinisten Kazimierz Konaczkiewicz geführter Zug zum Entgleisen kam und den Wall hinunterstürzte. Drei Wagen wurden zertrümmert. Einige Fahrgäste erlitten Verletzungen, Konaczkiewicz selbst wurde so schwer verletzt, daß er in das Krankenhaus in Mława gebracht werden musste.

Piotrków (Piotrków), 28. September. Während einer Verhandlung, die im Hauptsaal des Gerichts geführt wurde, stürzte die Bimmedecke ein. Mehrere Frauen erlitten vor Schreck Weinkrämpfe, andere wurden ohnmächtig. Ernstiger Schaden hat niemand erlitten.

Aus den deutschen Nachgebieten.

Selbstmord in der Hochspannungsleitung.

Eisenberg, Kr. Heiligenbeil, 28. September. Freitag morgen wurde der 20 Jahre alte Harry Neufang von seinen Angehörigen bei Rödersdorf Abbau an der Hochspannungsleitung zwischen Lichtenfeld und Eisenberg tot aufgefunden. Er hatte Selbstmord verübt, indem er mit einer Holzstange, um die ein Draht gewickelt war, die Hochspannungsleitung berührte. Der Tod muß auf der Stelle eingetreten sein, Brandwunden waren nicht zu entdecken. Auf einem neben dem Toten vorgefundenen Bettel hat Neufang selbst Lebensüberdruss als Grund der Tat angegeben.

Stargard i. Pom., 28. September. Tödlicher Sturz. Infolge Bruchs des Fahrradrahmens fürs der Eigentümer Siegel aus Klempin (Kreis Saatzig) so unglücklich, daß er einen Schädelbruch erlitt. Der Verlehr starb in kurzer Zeit.

Kleine Rundschau.

Anastasia in Bayern.

Sie gibt ihre Ansprüche nicht auf.

New York, 26. September. (Eigene Drahtmeldung.) Anastasia Tschakowski ist, wie amerikanische Freunde der angeblichen Barentochter mitteilen, vor Monatsfrist heimlich nach Bayern zurückgekehrt, wo sie solange zu verbleiben gedacht, bis sie genugend Geld aufgetrieben habe, um ihre Ansprüche auf das Barentenvermögen vor dem Londoner Gericht durchzusetzen. Der Aufenthaltsort werde streng geheim gehalten. Ihren Freunden ist es angeblich gelungen, den Bruder des Notaristin festzustellen, der Anastasia vor dem Blutbad in Tschakowski bewahrt haben soll.

Chef-Medailleur: Gottbold Starke; verantwortlicher Medailleur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Arno Ströbe; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Heuke; für Analysen und Reklamen: Edmund Przygodzki; Druck und Verlag von A. Dittmann. E. o. v. sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten einschließlich der „Hausfreund“ Nr. 224

Bromberg, Mittwoch den 30. September 1931.

Pommerellen.

29. September.

Graudenz (Grudziądz).

Ein famoser Tanzlehrer

Der Polizei zeigte ein in der Petersfilienstraße (Pietruska) wohnhafter Bürger an, daß ein gewisser Henryk Turnowiecki, Grabenstraße (Groblowa) 8, der sich von ihm ein Musikinstrument geliehen hatte, dieses unterschlagen habe und unbekannt wohn verschwunden sei. Es wurde festgestellt, daß T. vor einigen Wochen nach Graudenz gekommen war und hier durch Säulenanschlag- und Anzeigenreklame als Ballettmeister des Theaters „Wojciech Wicewo“ in Warschau und als „Professor der neuesten Tänze“ Schüler für einen Tanzkursus gesucht hat. Es fanden sich auch junge Leute, die sich in die höhere Tanzkunst einweihen lassen wollten. Nachdem T. von den Lernlustigen Anzahlungen entgegengenommen hatte, ist er vor einigen Tagen aus Graudenz in bisher noch nicht ermittelter Richtung abgereist. Recht viele Geschädigte trauern ihm nach. Die Polizei ist bemüht, den Aufenthalt des Verschwundenen zu entdecken und ihn zur Verantwortung zu ziehen. *

Der Wasserstand der Weichsel hat sich bei Graudenz im Laufe der letzten fünf Tage um anderthalb Meter erhöht. Montag früh 8 Uhr betrug der Wasserstand 2,75 Meter und hatte bis Mittag noch um 5 Zentimeter zugenommen. Das Fährmotorboot hat infolge des gestiegenen Wassers seine Fahrten einstellen müssen. *

Die kirchliche Weihe erhielt am Sonntag vormittag nach dem Hauptgottesdienst im evangelischen Gotteshaus der 50-jährige Chorbund des Töpfermeister Kremskiischen Paars. Pfarrer Gürler sprach zu dem betagten, würdigen Chopaar und zugleich zu der sehr zahlreich versammelten Gemeinde warme Worte über Wert und Segen einer auf echter Gottesfurcht wie gegenseitiger Liebe und Eintracht fest verankerten Che. Dem Jubelpaare einen weiteren sonnigen Abend wünschend, erteilte der Geistliche ihm aufs nene den kirchlichen Segen. Kirchmeister Holm überreichte mit gratulierenden Worten ein gerahmtes Gedächtnisblatt des Konsistoriums in Posen, während Pfarrer Gürler eine von Konsistorialrat Haenisch unterschriebene, besondere Widmung einhändigte. *

In Sachen der PePeGe fand letzter Tage eine Versammlung der Lodzer Gläubiger der hiesigen Gummifabrik statt. Im Hinblick auf die für den 9. Oktober anberaumte außerordentliche Aktionärsversammlung wurde die Lage der PePeGe besprochen. In der Debatte kam, laut „Gon. Radw.“, zum Ausdruck, daß die Aussicht nicht die erhoffte Sanierung des Unternehmens gebracht habe, zumal der größere Teil der Einnahmen zur Deckung der Rückstände der staatlichen Institute und Versicherungen, sowie für die Aussichtsverwaltung dienen. Infolgedessen sei die Situation des Unternehmens sehr ungünstig. Es wurde der Antrag gestellt, sich mit dem Erfuchen an das Gericht zu wenden, den Konkurs über die PePeGe zu verhängen und an die Liquidierung der Fabrik heranzutreten. Nur auf diese Weise sei nach Ansicht der Lodzer Gläubiger wenigstens ein Teil ihrer Forderungen zu analysieren. Zu einer endgültigen Beschlusffassung aber kam es noch nicht. Die Sache soll noch Gegenstand besonderer Beratungen sein. *

Meisterschaften der Stadt Graudenz. Am Sonntag fanden auf dem Städtischen Sportplatz die diesjährigen Graudenser Meisterschaften statt, an denen zwei Bewerber deutschen Volkstums teilnahmen: Eugen Grünning und Willy Neendorf. Letzterer durfte, da er Reichsdeutscher ist, nur außer Konkurrenz teilnehmen. Diese beiden errangen zusammen 6 erste Siege und 2 dritte Preise. Resultate für Eugen Grünning: 100 Meter-Lauf 11,8 Sek., 200 Meter-Lauf 24,6 Sek., 400 Meter-Lauf 54,4 Sek., Speerwerfen 3. Sieg. Resultate für Willy Neendorf: Diskus 35,20 Meter, Kugel 11,76 Meter (neuer Graudenser Rekord), Hochsprung 1,70 Meter (gleich der bisherigen Graudenser Bestleistung), Hammerwurf 3. Sieg. Die Leistungen litten sehr unter der feuchtkalten Witterung. Neendorfs Sieg im Diskuswerfen ist um so höher zu bewerten, da er den Rekordinhaber von Pommerellen schlug. *

Die Anmeldungen von Kaufmännischen Lehrlingen zu den Fortbildungsschulen sind, wie der Arbeitsinspektor mitteilt, bisher bei weitem noch nicht in voller Anzahl geschahen. Es seien bisher etwa ein Dutzend Anmeldungen erfolgt, während die Zahl der schulpflichtigen neuen Lehrlinge mit etwa 50 angenommen werden könne. Deshalb fordert der Arbeitsinspektor zur Nachholung der noch nicht vollzogenen Meldungen auf und weist auf die im Untersuchungsfalle erfolgende Ahndung hin. *

Zwei Ausreißer. Aus dem in der Bischofstraße (Sw. Wojciech) befindlichen Internat für verwaise Kinder aus den Ostgrenzgebieten haben sich am Sonntag die beiden 14-jährigen Piotr Gajemski und Jan Galoszenksi entfernt. Da die abenteuerlustigen Bürschlein über Leidenschaft zum Unterhalt verfügen, dürfte ihrer Wanderlust bald ein Ziel gesetzt sein. Eventuelle Wahrnehmungen über die beiden Globetrotter erbitten die Polizeibehörden. *

Vereine, Veranstaltungen &c.

Man will gut essen und trinken, wenn man in fröhlicher Stimmung ist. Dieser alten Wahrheit hat die Festleitung bei dem Jubiläums-Oktoberfest der Graudenser Deutschen Bühne, dem Tiroler Waldfest, am Sonnabend, dem 10. Oktober, im Gemeindehaus auch Rechnung getragen. Die einzelnen Gaststätten, die dem Charakter des Festes angepaßt sind, werden jedem Geschmack und allen Ansprüchen nachkommen und nicht nur vorzüglich, sondern auch sehr vorteilhaft für die Verpflegung der Teilnehmer sorgen. Wer einmal im „Bozener Bärenhäusel“ war, soll die gleiche Gemütlichkeit bei vorzüglicher Verpflegung im Bärenhäusel auf der Bühne erleben. Vom „Gamstar-Kogel“ kann man bei einfacherer Verpflegung „ins Tal“ hinabblenden. „Zum Goldbach-Bua“ wird sich wieder alles drängen; dort gibt es nicht nur einen vorzüglichen Tropfen, sondern auch eine Mords-Stimmung. Dann steigt man in den weltberühmten „St. Peters-Süffs-Keller“ hinab. Der Lebensstrom, den dort jährlich Tausende austost, wird auch die Teilnehmer des Oktoberfestes ergreifen. Wer aber bei einem gemütlichen Schoppen fühlen will, geht ins „Bräustüberl“ und ist die delikaten Würstel. Auch einen „Enzian“ und „Kirschwasser“ gibt es dort. Doch wer ruhig einen will, geht ins Café Tirol. Dort wird für ihn durch vor-

züglichen Kaffee und delikaten Kuchen gesorgt. Wer also keine Einladung erhalten hat, wehrt sich an den Vorständen Arnold Kieckede, Grudziądz, Mickiewicza 8, denn ohne Einladung werden keine Eintrittskarten verabschloßt. Keiner darf fehlen. (0105)

Thorn (Toruń).

Eine interessante kultur-historische Entdeckung

wurde, wie wir bereits kurz berichtetet, bei den kürzlich in der Heiligengeiststraße (Sw. Ducha) vorgenommenen Erdarbeiten gemacht. Hierzu erfahren wir noch folgendes:

Bei den Kanalisationsarbeiten, die von der Wasserwerksverwaltung in der Heiligengeiststraße in dem Abschnitt zwischen der Kopernicus- und Arbeiterstraße (Copernika-Rabiańska) ausgeführt wurden, stieß man in einer Tiefe von etwa 3 Metern auf einen alten, jedoch gut erhaltenen hölzernen Brunnen. Als der leitende Ingenieur an dieser Stelle weitere Ausgrabungen vornehmen ließ, wurde von den Arbeitern ein Stück einer hölzernen Wasserleitung freigelegt. Sie besteht aus Eichenstämmen von etwa 20 Zentimeter Breite und 25 Zentimeter Höhe, die in dem nach oben liegenden Teil eine etwa 10 Zentimeter tiefe Rille aufweisen und mit kleineren Stämmen bedeckt sind. Der Magistrat machte von dieser wichtigen Entdeckung dem Pommerellischen Wojewodschaftsamt Mitteilung und dieses beorderte in Abwesenheit des Altermuseumkonservators Chmurzyński den Wojewodschaftsrat Domrowski sowie den Ingenieur Krzyżkowski an den Fundort, die die weiteren Ausgrabungen leiteten und beachtigten. Bisher konnte noch nicht einwandfrei festgestellt werden, aus welcher Zeit die hölzerne Wasserleitung stammen könnte; man nimmt an, daß sie im 15. oder spätestens bis zur Hälfte des 17. Jahrhunderts angelegt sein könnte. Sie ging vermutlich die Heiligengeiststraße abwärts und führte zur Heiligengeistkirche, zum Kloster und zum Heiligengeistspital, die sich im Mittelalter vor dem jetzigen Nonnenstor (Brama Klasztorna) befanden. **

Hochwasser. Der Wasserstand der Weichsel, der Freitag früh bei Thorn noch 1,14 Meter über Normal betrug, war Sonnabend auf 2,27, Sonntag auf 2,70 und Montag früh auf 2,77 Meter über Normal angewachsen. In Warschau betrug er am Montag 3,47 und Jawischow gar 3,80 Meter über Normal. Der Wasserspiegel steht am unteren Ladekai so hoch, daß die Frachtfähne in einer Ebene mit dem Kai liegen. Infolgedessen geht das Verladen von Mehl zur Zeit sehr schnell vorstatten. — Das Hilfsgerüst im Strombett unter dem zweiten diesseitigen Pfeiler der neuen Brücke ist inzwischen fast gänzlich wieder entfernt worden. **

Pferdeversteigerung. Am 1. Oktober, vormittags 9 Uhr, findet auf dem Städtischen Viehmarkt auf der Jakobsworstadt eine Versteigerung von 48 ausrangierten Pferden des Manöver-Artillerie-Regiments statt. **

Die Mondfinsternis am vergangenen Sonnabend war infolge starker Bewölkung nur zum Teil zu beobachten. Dadurch ging gerade der Augenblick des Eintretens des Erdschattens der Sicht verloren. Im Stadium der Höchstverdunklung, als die Mond Scheibe eine kupferrote Färbung angenommen hatte, waren aber die Wolken verschwunden. Wegen des kalten und windigen Wetters ereignete diesmal die Mondfinsternis weniger Publikumsinteresse als die in diesem Jahre vorangegangene. **

Autobuskatastrophe. Sonntag vormittag stieß der auf der Strecke Lipno-Thorn verkehrende Autobus, in dem sich außer der Besitzerin Jadwiga Gryglewicz aus Lipno und dem Chauffeur sechs Passagiere befanden, in der Nähe des Dorfes Dobrzejewice mit einem entgegenkommenden Lastautomobil zusammen. Während der Autobus erhebliche Beschädigungen davontrug, erlitten die Passagiere durch unherabliegende Glassplitter leichte Verletzungen. Der Chauffeur des unbeschädigt gebliebenen Lastautomobils setzte seine Fahrt, ohne sich um die Passagiere zu kümmern, fort, so daß schließlich der Chauffeur des Autobusses ein Fuhrwerk beschaffen mußte, das die Fahrgäste nach Leibitsch brachte. **

Vor der Strafteilung des hiesigen Bezirksgerichts wurde am Sonnabend gegen den Arbeiter Franz Lenkowicz aus Thorn wegen Betruges und Beschimpfung von Einrichtungen der katholischen Kirche verhandelt. Der Angeklagte hatte bei Ausführung der Notstandsarbeiten des hiesigen Magistrats die Lohnlisten zu führen und die Löhne an die Arbeiter auszuzahlen. Hierbei soll der Angeklagte in einer Reihe von Fällen verschiedene Geldbeträge sich angeeignet und in den Lohnlisten Zahlen gefälscht haben. Ferner hat der Angeklagte in Gegenwart von Arbeitern beschimpfende Äußerungen gegen die katholische Kirche gebracht. Ihm wurde nur in einem Falle ein Betrug nachgewiesen und zwar, daß er von dem ihm zum Markenverkauf übergebenen Betrage von 302,55 Złoty sich 68 Złoty rechtswidrig angeeignet hat. Hierfür wurde er zu zwei Monaten und wegen Beschimpfung von Einrichtungen der katholischen Kirche zu sechs Monaten Gefängnis, zusammen zu sieben Monaten Gefängnis verurteilt. — Roman Waniewicz wurde wegen Einbruchs in die städtische Kasino zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. **

280 Strafverfahren. Das letzte Amtsblatt der Pommerellischen Wojewodschaft veröffentlicht eine Liste, in der die Namen von 280 Personen aus der Wojewodschaft Pommerellen aufgeführt sind, die sich der Aushebungskommission bzw. zu den Kontrollversammlungen nicht gestellt haben oder auch den Einberufungsbescheinen zum Militärdienst bzw. zu den Reserveübungen nicht nachgekommen sind. Gegen sämtliche Personen wird ein Strafverfahren eingeleitet. **

Der Mörder Jakubowski vor dem Appellationsgericht. Am Dienstag wird vor dem hiesigen Appellationsgericht erneut gegen den Chauffeur Jakubowski der Autodroschke Nr. 33 verhandelt, der wegen Ermordung des Malers Antoni Górecki zu 15 Jahren schwerem Kerker verurteilt worden war. **

Ein dreiter Straßenraub wurde in den Nachmittagsstunden des Sonnabends in der Breitestraße (Szeroka) verübt. Eine unbekannte Mannsperson trat an einen jugendlichen Zeitungsverkäufer heran, verlangte eine Zeitung und zahlte mit einem Zweizłotystück. Als der Zeitungsjunge sein Geld in der Hand hielt, um dem Käufer heraus-

TEE
NEUER ERNTE
EINGETROFFEN
JULJUSZ MEINL

Tee-Spezialgeschäft
Bydgoszcz, Gdańska 13.

9003

zugeben, griff dieser plötzlich zu, sah ein Zündholzstück und ergriff damit die Flucht. Der Täter konnte mit seiner Beute unerkannt entkommen. — Daß sich dieser Vorfall am hellen Tage und dazu noch in der verkehrsreichen Hauptstraße abspielen konnte, beleuchtet einmal wieder die zunehmende Un Sicherheit in den Straßen der Stadt. Auf den Vorstädten gehört es ja schon zum Alltäglichen, daß Personen auf offener Straße angehalten und zur Herausgabe von Geld oder Wertsachen aufgefordert werden. So treibt z. B. in der Nähe der Kirchhofstraße (Sw. Jerzego) eine Bande von jugendlichen Rovides ihr Unwesen, die es besonders auf alleingehende weibliche Personen abgesehen zu haben scheint. Noch viel ärger liegen die Verhältnisse in der Ulanen- und Weißhäuserstraße, die teilweise ohne jede Straßenbeleuchtung sind, so daß in den Abend- und Nachtstunden Ausschreitungen, Überfälle und Diebstähle an der Tagesordnung sind. **

Entflohen ist am Sonnabend die 29 Jahre alte Insassin des St. Josephs-Asyls, Pelagia Szwarec. Sie wird nun durch die benachrichtigte Polizei gesucht. **

Großfeuer.

Karthaus (Kartuzy), 28. September. Großfeuer wütete Sonnabend vormittag in Kielce hiesigen Kreises. Aus unbekannter Ursache brannte dem Landwirt Leon Lipkowski die Scheune mit Getreide und landwirtschaftlichen Gerätschaften nieder, so daß ein Schaden von 8000 Złoty entstand. Die Flammen griffen auf das benachbarte Grundstück von August Randin über, das ihnen mit der gesamten Einrichtung und allen landwirtschaftlichen Maschinen, gänzlich zum Opfer fiel. Hier beträgt der Schaden rund 60 000 Złoty. Von hier griff das verheerende Element, dem kein Gehalt geboten werden konnte, zum Nachbargrundstück von Franciszek Wenck über und legte dessen Scheune mit Getreide und Maschinen in Schutt und Asche. W. erleidet einen Schaden von rund 15 000 Złoty und ist mit nur 2000 Złoty versichert. Lipkowski ist mit nur 1000 und Randin mit nur 5000 Złoty gegen Brandschaden versichert. Die Polizei hat eine Untersuchung eingeleitet. —

Dirchan (Tczew), 28. September. Einbrecher drangen, bisher unbekannte Täter, in das Restaurant des Herrn Paźda in der Bahnhofstraße ein und entwendeten Getränke, Zigaretten und Schokolade im Werte von ca. 250 Złoty. — Bis Sonnabend, den 3. Oktober, ist des Nachts die Löwenapotheke an der Langstraße geöffnet.

Dödingen (Gdynia), 28. September. Vom Dampfer gestürzt und hierbei ertrunken ist der Matrose des deutschen Frachtdampfers Kurt Schurmer. Während der Nachtwache war er eingeschlafen und bezahlte seine Unvorsichtigkeit mit dem Tode. Die Leiche konnte geborgen werden. — Gestohlen wurde M. Miszka in Oblus.

Graudenz.

PIANOS

vollend, schon in Ausführung und Ton vielfach prämiert

Pianofabrik

W. Jähne,
Bydgoszcz, 8261
Gdańska 149 — Tel. 2225

Filiale: Grudziądz

Toruńska 17—19.

Poznań, Gwara 10.

Magdalena

das letzte Geleit gegeben haben, insbesondere Herrn Pfarrer Albin, den Herren Lehrern, Lehrerinnen, Schülern, Freunden und Bekannten, auch für die vielen Blumen und Kranzspenden, sagen wir unseren

Allen, die unserer auf so traurige Weise von uns gegangenen unvergesslichen

9104

Familie Remer.

Węgrowo, den 26. 9. 31.

Familie Remer.

Unbekannte Diebe stahlen aus der verschlossenen Wohnung sämtliche Kleidungsstücke und Wäsche im Gesamtwerte von 1200 Zloty. Von den Tätern fehlt jede Spur.

h. Gorzno (Gorzn), 24. September. Jahr märkte für 1932. Im kommenden Jahre finden hier folgende Märkte statt: am 15. März, 15. November Krammarkt, am 20. September Kram-, Vieh-, Pferde- und Schweinemarkt und am 17. Februar, 20. April, 18. Mai, 20. Juli sowie 19. Oktober Vieh-, Pferde- und Schweinemarkt. Wochenmärkte werden am Dienstag und Freitag jeder Woche abgehalten. — Die Schweinepest und -Seuche ist in den Gehöften der Landleute Anton Kycynski und Wladyslaw Jagodzinski in Miesionkowo (Miesiączkowo) tierärztlich festgestellt. — Im Gehöft des Landmanns A. Janiszewski in Grondzaw (Grzązaw) ist eine Überstation eingerichtet.

y. Herrmannsruhe (Rawki), 26. September. Am vergangenen Sonntag veranstaltete der hiesige Evangel. Frauenverein ein Wohltätigkeitsfest, welches aus nah und fern außerordentlich gut besucht war. Ein aufgestelltes kaltes Buffet sorgte für das leibliche Wohl der Gäste. Auch die immer französische Jugend kam zu ihrem Rechte. Ein schöner Reinertrag kommt den Armen der Gemeinde zugute.

Nienburg (Nowe), 28. September. Der letzte Vieh- und Pferdemarkt war mit Pferden so wenig beschickt, daß kaum gehandelt wurde. Gute Pferde waren gar nicht vorhanden, schlechtere Arbeitspferde preisten 100 bis 300 Zloty. Von gleichfalls wenig angebotenem Kindvieh standen mittlere Milchkühe mit 200 bis 300, schlechtere Qualitäten 70—150, Jungvieh mit 100—200 Zloty im Preise. Auch hier war das Geschäft gering. — Über große Feldziebstähle wird in der Nienburg-Brandenburger Niederrung allgemein geklagt. Alles nur mögliche, im Sommer Erbschoten, junge Brotschoten, jetzt Kartoffeln, Schabbel-schoten usw. wird gestohlen.

h. Neumarkt (Nowemiaso), 28. September. Ein frecher Einbruchsdiebstahl wurde nachts beim Fleischer Eustachki in Samplawa verübt. Während C. in der nahen Kneipe Karten spielte, schnitten Spitzbuben mit einem Messer eine Öffnung in die Badentür am Schloß und öffneten dann die Tür geräuschlos. Sie stahlen zwei geschlachte Schweine und Wurstwaren. Hauseleute, die im Laden Geräusche hörten, glaubten, daß C. nach Hause gekommen sei und im Bade etwas zu tun habe. Die Beute hatten die Diebe auf ein Fuhrwerk geladen und begaben sich in die Richtung nach Neumarkt. Unterwegs stellten sie noch dem Gastrichter in Ratzkow (Ratkojew) einen Besuch ab. Aus dem Keller eigneten sich die Spitzbuben eine Flasche Limonade an. Die Polizei ist den Tätern auf der Spur.

h. Neustadt (Wejherowo), 28. September. Selbstmord verübt hat eine Schneiderin aus Gdingen. Man fand sie in der Nähe des Bahngleises nach Stanis auf, nur schwache Lebenszeichen von sich gebend. Sie hatte Essigessenz zu sich genommen und ist verstorben. — Auf dem heutigen Wochenmarkt, der überaus reichlich beliefert war, kosteten Karrosseln 2,50—3,00, Butter 2,00—2,20, Eier 2,30—2,50, Hühnchen 1,00—1,80, alte Hühner 2,50—4,00, Gänse 0,90—1,00, Enten 1,20—1,70, Weintrauben 1,40, Äpfel 0,80 bis 0,40, Birnen 0,40—0,60, Tomaten 0,20—0,40, Zwetschen 0,20, Weizkohl 0,10, Rotkohl 0,20, Blumenkohl 0,20—0,50, Zwiebeln 0,25, Möhren 0,20. — Der Schweinemarkt bot eine große Menge von Absatzkörben das Stück zu 10—15 Zloty an.

b. Prust (Prusze), Kreis Schwedt, 25. September. Gestohlen wurden aus dem Laden des hiesigen Kaufmanns Pek Waren im Werte von über 1000 Zloty. Da eine Einbruchsstelle nicht festgestellt werden konnte, ist anzunehmen, daß sich die Diebe schon des Abends in den Räumen versteckt hatten, um alsdann in der Nacht ihr Handwerk auszuführen. Von den Gangstern fehlt jede Spur.

* Soldan (Dzialdowo), 28. September. Ein Großfeuer vernichtete am Sonnabend vormittag in Dzwierzna hiesigen Kreises vier Wohnhäuser, sieben Scheunen und acht Ställe. Die Gebäude waren zum größten Teil mit Strohdach gedeckt und unversichert. Die ganze Ernte und sämtliche Maschinen wurden ein Raub der Flammen. Die Geschädigten sind die Besitzer Szułtak, Bartkowski, Janikowski, Megal und II. August und Jan Ordziński, Pawłowski I, II und III.

a. Schweiz (Swiecie), 26. September. Holztermink. Die staatliche Obersförsterei Wierzchlas hiesigen Kreises wird am 12. Oktober d. J. im Hof von Seidla in Rianino um 10 Uhr vormittags aus der Försterei Rianino und Johannisberg hiesigen Kreises Ruz- und Brennholz im Wege der Zitation gegen Barzahlung verkaufen. — Durch die großen Stürme, die in den letzten Tagen der Woche getobt haben, ist an vielen Stellen Schaden entstanden; Bäume wurden umgerissen, Äste von den Bäumen gebrochen usw. — Auf dem leichten Wochenmarkt, der äußerst stark belebt und gut besucht war, wurden folgende Preise notiert: Für Butter schwankte der Preis zwischen 2,00—2,90 pro Pfund, für Eier 2,20—2,40 pro Mandel. Die Preise für Gemüse waren unverändert, wie die auf dem letzten Markt. Für Kartoffeln wurde 2,50—3,00 pro Beutel verlangt. Der Gefügemarkt hatte viel junge Enten aufzuweisen, es wurde für Enten 4,00—5,50, für Suppenhühner 3,50—4,50, für junge Hühnchen 1,50—2,50 pro Stück, junge Tönen 1,80—2,00 pro Paar verlangt. Die Fleischpreise waren unverändert.

y. Strassburg (Brodnica), 28. September. In dem zu unserem Kreise gehörenden Dorfe Komalki drangen des Nachts Diebe vermittelst einer Leiter durch das Fenster in das erste Stockwerk des Besitzers Sylvester Montowski ein und ließen mitgehen: einen Damenschal, einen Damenmantel, eine kurze Pelzjacke und verschiedene andere Bekleidungsstücke, alles im Werte von 900 Zloty. Verdächtig des Diebstahls ist ein früheres Dienstmädchen, welches aus Małka stammt. — Wie der Magistrat bekannt gibt, findet am Donnerstag, 1. Oktober, ein Vieh- und Pferdemarkt statt.

— Tuchel (Tuchola), 28. September. Wie im Mai d. J. berichtet wurde, überfuhr der Fleischermeister Grzelak aus Schleiwitz (Sliwice), Kreis Tuchel, mit seinem Personauto hieselbst in der Schweizerstraße den fünfjährigen Edmund Kink, der auf der Stelle den Tod erlitt. Der Fleischermeister G. wurde jetzt mit sechs Monaten Gefängnis bestraft. — Fahrzähler haben Alexander Lewenda aus Liskau (Lyskow), reits Tuchel, am hiesigen Postamt ein Fahrrad — Marke „Vittoria“, mit Erkennungsschild „Wejherowo 131“ — gestohlen. Ebenso wurden am selben Tage Josef Wojski aus Tuchel in Klein-Mangelsdorf (Malej Medromierz), Kreis Tuchel, das Fahrrad

— Marke „Brenabor“, mit Erkennungsschild „Tuchola 1218“ — gestohlen, als er seine dortigen Verwandten besuchte.

Polens Rüstungsstand.

Am 14. d. M. hat der polnische Außenminister August Zaleski in Genf dem Generalsekretär des Völkerbundes ein Schreiben mit mehreren Anlagen überreicht, die Material für die im Februar 1932 zusammentretende Rüstungskonferenz enthalten. Beigefügt waren dem Schreiben auch Tabellen mit einem Nachweis der polnischen militärischen Kräfte, des Kriegsmaterials und des Militärateils.

In der den Stand der polnischen Kriegsmarine darstellenden Tabelle sind aufgeführt: 2 Torpedobootszerstörer (Wicher und Burza) mit einer Gesamttonnage von 980 Tonnen, 3 Unterseeboote (Rus, Wilk und Zbik) mit einer Gesamttonnage von 2940 Tonnen, 5 Torpedoboots, 2 Kanonenboote, 4 Minenfischer, ein hydrographisches Schiff, ein Transportschiff, ein Schulschiff, 6 Flussmonitore und 8 Fluss-Patrouillenboote. Außerdem wird ein Schiff alten Typs vom Jahre 1896 (Valk) aufgeführt, das für Schulzwecke im Hafen verwendet wird.

Auf dem Gebiet des Flugwesens werden ausgeführt: 346 Flugzeuge, die die Ausstattung der Kampfverbände bilden und 354 Flugzeuge für die Ausstattung der Schulen, Trainingsverbände usw. Der Personalstand der polnischen bewaffneten Kräfte ist auf einzigen Tafeln enthalten. In der Kriegsmarine weist die Tafel 3108 Mann auf, darunter 275 Offiziere, 647 Berufsoffiziere, 555 Reserveoffiziere, 1609 ausgebogene Marinesoldaten und 170 Reservisten. Im Flugwesen weist die Tabelle 7929 Mann auf, darunter 655 Berufsoffiziere, 52 Reserveoffiziere, 1754 Berufssoldaten, 5144 Nicht-Berufssoldaten und 3105 Reservisten. In dem Nachweis wird hervorgehoben, daß zu dem allgemeinen Personalstand, sofern es sich um die Reservisten handelt, die Durchschnittsjahrgänge berechnet werden, die auf Grund der Zeitdauer der von ihnen geleisteten Übungen errechnet werden.

Die polnischen bewaffneten Kräfte auf dem Lande betragen 259 980 Mann, darunter 17 090 Berufsoffiziere und 34 585 Berufssoldaten. Die Zahl der Nicht-Berufssoldaten beträgt 193 050 Mann. In diesen Zahlen befindet sich die Durchschnittszahl der Offiziere, Unteroffiziere und Soldaten der Reserve, die jährlich zu Übungen eingezogen werden. Außerdem sind in der Rubrik „Formations organisées militairement“ 26 611 Mann in Grenzschutzkorps, 81 675 Mann in der Staatspolizei und 5985 Mann in der Grenzwache angegeben.

Einige Tabellen enthalten Angaben über den Militäraetat, der mit der Gesamtsumme von 847 Millionen Zloty abschließt, die in dem Haushalt für das Jahr 1931/32 vorgesehen sind. Von diesem Betrage sind vorgesehen: Für die Ausgaben der Landarmee 785 813 488 Zloty. Für die Ausgaben der Kriegsmarine 34 280 000 Zloty und für die Ausgaben des Flugwesens 78 006 507 Zloty. Weitere Tabellen enthalten den Budgetvoranschlag der Staatspolizei, der Grenzwache und des Grenzschutzkorps.

Die militärische Lage Polens.

In seinem im Völkerbund übergelegten Memorandum begründet Polen seinen Rüstungsstand folgendermaßen:

Die Unvollkommenheit der Traktate und der internationales Abkommen auf dem Gebiete der Sicherheit hat bis jetzt Polen gezwungen, seine Sicherheit hauptsächlich auf die bewaffnete Macht zu stützen. Diese aber hängt ebenso wie in allen anderen Ländern von der politischen und militärischen Lage des Staates ab.

Aus der politischen Lage ergibt sich, daß dieser Staat mit einem eventuellen Angriff aus mehreren Richtungen rechnen muß. Die Länge der Grenzen, die der Möglichkeit eines Überfalls ausgesetzt sind, beträgt 3986 Kilometer. In anbetracht dessen, daß der Völkerbund nicht über eine internationale bewaffnete Kraft verfügt, wird die militärische Lage Polens durch folgende Faktoren bedingt: a) durch die Stärke der bewaffneten Kräfte der Nachbarstaaten, b) durch den Mangel von Verteidigungsfestungslinien, c) durch den Mangel einer Kriegsflotte, d) durch die Schwäche der militärischen Leistungsfähigkeit des Landes, e) durch die ungünstige geographische Lage.

Die geographische Lage Polens wird charakterisiert: a) durch die Länge der Grenzen (5536 Kilometer), b) durch die ungünstige Gestaltung dieser Grenzen, c) durch die ungünstige Unterbringung der Industriezentren, die fast sämtlich in der Grenzzone liegen, d) durch den Mangel an natürlichen Grenzhindernissen, e) durch den Mangel an Verkehrswegen und -mitteln.

Der gegenwärtige Stand der polnischen Armee entspricht — so heißt es in der Deutschrifte weiter — keineswegs den Bedürfnissen, die sich aus der oben geschilderten Lage ergeben. (?) Die polnische Regierung muß daher bemerken, daß die Zahlen über den gegenwärtigen Rüstungsstand nicht die Forderungen präjudizieren können, die Polen der Rüstungskonferenz vorzulegen gezwungen sein könnte. Der Mangel eines Gleichgewichts zwischen der militärischen Sicherheit und dem Friedensstand der Armee erklärt sich aus der Geschichte der Konstruktion des polnischen Staates, und mit diesem Umstände muß bei der Behandlung der Lage Polens unbedingt gerechnet werden.

Polen kann das traurige Beispiel seiner Geschichte nicht vergessen. Im 18. Jahrhundert stützten die Polen ihre Sicherheit auf die einseitige Ausrüstung, ohne irgend ein internationales Gegengewicht. Sie glaubten, daß das abgerüstete Land sich der Unterstützung der ganzen Welt als eines Friedensfaktors erfreue, und daß sich kein Staat finden werde, der zum Überfall auf ihn fähig wäre. Von diesem allzu idealistischen Gesichtspunkt ausgehend, hatten die Polen ihre Armee auf 18 000 Mann in einem Lande vom Umfang von 700 000 Quadratkilometern reduziert. Die Ergebnisse dieses unüberlegten Schrittes ließen nicht auf sich warten. Die Polen benachbarten Mächte, deren Armeen immer wuchsen, mißbrauchten den guten Glauben des abgerüsteten Landes. Diese traurige Erfahrung fand eine fatale Lösung: das abgerüstete Polen wurde aus der Liste der unabhängigen Länder gestrichen, trotz der Proteste verschiedener Staaten der Welt.

Können diese Ausführungen nicht noch besser als Argumente in einer deutschen Deutschrifte zur Rüstungskonferenz untergebracht werden?

Frankreichs Abrüstungs-Sabotage.

Vorläufig kein Rüstungs-Jeherjahr.

Der Vertreter Frankreichs im Abrüstungsausschuß des Völkerbundes, Massigli, gab am Donnerstag den Standpunkt seiner Regierung zu dem italienischen Vorschlag auf sofortigen Abschluß eines Rüstungswaffenstillstandes bis zum Abschluß der Abrüstungskonferenz bekannt. Die französische Regierung lehnt diesen Vorschlag rundweg ab. Sie fordert, die Verhandlungen über diesen Vorschlag auf die kommende Abrüstungskonferenz zu verschieben.

In der langatmigen Begründung finden sich Sätze wie die, daß die Militärhaushalte in den Ländern bereits bis zum Juli 1932 festgelegt seien und daß ein Stillstand der Rüstungen in vielen Ländern zu einer Verschärfung der Arbeitslosigkeit führen würde.

Die Rede Massiglis ist in weitesten Kreisen des Abrüstungsausschusses als ein tödlicher Schlag gegen den gesamten Abrüstungsgedanken empfunden worden. Massigli hat in der schroffsten Form jeden Rüstungstillstand abgelehnt und hierbei die Durchführung der Abrüstung von den vorhergehenden Lösungen der politischen Probleme abhängig gemacht. Massigli spielt in seiner Rede weiter auf den bekannten französischen Vorschlag eines politischen Waffenstillstandes zwischen Deutschland und Frankreich an und rückte dabei den Gedanken der Erfüllung der politischen Forderungen Frankreichs als Voraussetzung für die Abrüstung wieder in den Vordergrund.

Diese Ablehnung des italienischen Vorschages führte zu einer großen Debatte. Die Vertreter der slowakischen, rumänischen und tschechischen Regierungen schlossen sich dem Standpunkt Frankreichs an und lehnten den italienischen Vorschlag ab.

Der italienische General Marinis stellte einen

neuen italienischen Vorschlag

zur Debatte, nach dem die Völkerbundversammlung einen feierlichen Appell an alle diejenigen Mächte richtet, die die Grundsätze der Gerechtigkeit und des Friedens durchzuführen gewillt sind, um auf diese Weise eine öffentliche Meinung zu schaffen, die auf die Abrüstungskonferenz in Richtung praktischer Ergebnisse einwirken könnte. Ferner sollen nach dem neuen italienischen Vorschlag allen Regierungen allgemeine Richtlinien eines Rüstungswaffenstillstandes übermittelt werden, die die Einstellung von neuen Schiffsbauten und Militärflugzeugen bis zum 1. November 1932 vorsehen.

Vor Robert Cecil erklärte, die Englishe Regierung nehme den italienischen Vorschlag unter die Bedingung seiner Annahme durch sämtliche Mächte an, während der japanische Regierungsvertreter die Erklärungsfeststellt bis zum 15. Oktober als zu kurz ablehnt. Nach längerer Debatte wurde beschlossen, einen engeren Redaktionsausschuß einzusetzen.

Briefkasten der Redaktion.

Alle Anfragen müssen mit dem Namen und der vollen Adresse des Senders verlesen sein; anonyme Anfragen werden unbedingt nicht beantwortet. Auch muß jeder Anfrage die Abonnementsauskunft beilegen. Auf dem Kuvert ist der Vermerk „Briefkasten-Sache“ anzubringen. Briefliche Antworten werden nicht erwartet.

„Sorgenvoll“. 1. Wenn die Eheleute sehr in Gütergemeinschaft leben, so ist das nur möglich, daß sie miteinander einen entsprechenden Ehevertrag geschlossen haben, der jederzeit möglich war. Wenn sie einen solchen Vertrag nicht geschlossen hätten, dann läme für sie nur das „gesetzliche Güterrecht“ in Frage, wonach das eingebrachte Gut der Ehefrau der Verwaltung und Nutzung des Mannes unterliegt. 2. Die Erbfolge ist die: wenn die Frau stirbt, dann erhält von dem Vermögensanteil der Frau (b. h. von der Hälfte des Gesamtmutes) das Kind drei Viertel und der Ehemann ein Viertel, so daß der Ehemann Eigentümer von $\frac{1}{4}$ des Gesamtmutes wird. Wenn der Ehemann vor der Frau stirbt, dann erhält die Ehefrau die Hälfte des Nachlasses ihres Ehemannes und die Eltern oder Großeltern des Ehemannes die andere Hälfte. Sind weder Eltern (und deren Abkömmlinge) noch Großeltern vorhanden, so erhält der Ehepartner den ganzen Nachlass.

A. P. Antwortung. 1. Ob Sie im weiteren Fortgang des Prozesses mehr erreichen werden, als das Angebot der Gegenseite betrifft, erscheint uns fraglich, wie uns überhaupt fraglich erscheint, ob die Beweiswendung des Darlehnsvortrages zu dem von Ihnen angegebenen Zweck zu denjenigen Beweiswendungsarten gehört, die eine erhöhte Aufwertung rechtfertigen. Daß die letzte Antritt die Sache noch einmal an die Vorinstanz zurückverwiesen hat, braucht noch kein Beweis dafür zu sein, daß Ihre höhere Forderung anerkannt wird. Daß zwei Instanzen Ihre höheren Ansprüche abgewiesen haben, gibt immerhin zu denken. Die Ihnen angebotene Aufwertung beträgt 10 Prozent; das ist u. E. ein gutes Angebot, und da auch die angebotene Verzinsung gut ist, erscheint uns das Ganze sehr akzeptabel. Ein weises Sprichwort lautet: „Ein magerer Vergleich ist besser als ein fetter Prozeß“, und in Ihrem Falle erscheint uns der Vergleich durchaus nicht mager. Daß der heutige Wert des Grundstücks erheblich ist, hat nicht ganz die Bedeutung, die Sie ihm zufordern; das, was nach Erteilung Ihrer Forderung in das Grundstück hineingebaut worden ist, muß nämlich nach dem Gesetz bei der Feststellung des jetzigen Wertes des Grundstücks in Abzug kommen. 2. Die 2. Schuldenhaft haften im vorliegenden Falle nicht mit einem geringeren Prozentsatz, da sie sich ja, wie Sie schreiben, als persönliche Schuldnerin bekannt hat.

B. S. 20. 1. Ein Auslandspaß kostet jetzt 200 Zloty. Ein ermäßigter Paß kostet jetzt 200 Zloty. Ein solcher kann beansprucht werden, wenn der Antragsteller einen wichtigen Grund für die Reise hat und wenn er unvermögend ist. 2. Bezuglich der zweiten Frage müssen wir Sie leider auf unseren Interessenteil verweisen, da wir grundsätzlich nicht irgend eine Firma oder ein Geschäft, das den fraglichen Artikel führt, empfehlen können.

G. 21. 1. Über die Frage, ob der Mieter ohne Genehmigung des Hausbesitzers eine Antenne auf dem Dach errichten darf, hat vor kurzem das Oberste Gericht in Warschau eine Entscheidung gefällt aus der hervorhebt, daß der Mieter unter gewissen Voraussetzungen dieses Recht hat; nämlich u. a. dann, wenn das Dach nicht schwach gebaut ist, wenn die Architektur des Hauses nicht darunter leidet und wenn nicht andere ähnliche Hindernisse vorliegen. 2. Das Gesetz sieht solche Verzugszinsen vor; sie können nur dann nicht nachgefordert werden, wenn sie verjährt sind, was bei Ihnen nicht der Fall ist.

Herrn letzte Nummer

in diesem Monat. Wer seine Bestellung auf die Deutsche Rundschau noch nicht erneuert hat, hole es jetzt sofort nach. Beobachten Sie sich auch beim Postamt Ihres Bezirks, falls Unregelmäßigkeiten in der Zustellung eintreten sollten. — Die bereits erschienenen Nummern liefert die Post, soweit welche überhaupt noch zu beschaffen sind, nur auf ausdrückliches Verlangen und gegen Entrichtung.

der Portogebühr 15 Groschen nach.

Der Flug in die „Stratosphäre der Ideologie“.

(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter.)

Die Polnische Regierung hat das Material, welches der künftigen Abrüstungskonferenz vorliegen wird, mit zwei im Sekretariate des Völkerbundes niedergelegten Dokumenten bereichert. Das eine Dokument ist die Denkschrift über „die moralische Abrüstung“; das zweite ist die Antwort auf die Enquête bezüglich des Rüstungsstandes Polens. In der Denkschrift schlägt die Polnische Regierung einige Mittel vor, von deren Anwendung sie sich die Ausfüllung des Völkerbundes verspricht. Diese Mittel sind pädagogischer Natur. Außerdem schlägt die Denkschrift die Aufnahme der Bestimmung in alle Strafgesetze vor, laut der die Aushebung zum Kriege mit Strafaktionen bedroht werden soll. Diese Bestimmung befindet sich bereits im Art. 111 des Projektes des neuen polnischen Strafgesetzes, das am 17. September L. J. vom Generalsekretär der Kodifikationskommission dem Justizminister vorgelegt worden ist. Dieser interessante Artikel 111 lautet:

„§ 1. Wer öffentlich zum Angriffskriege aufruft, unterliegt einer Gefängnisstrafe bis zu 5 Jahren.“

„§ 2. Die Verfolgung findet nur dann statt, wenn die im § 1 bezeichnete Tat in dem Staate strafbar ist, gegen welchen dieser Aufruf gerichtet ist.“

In einer von maßgebender Seite gegebenen Information wird die praktische Anwendung dieses Artikels an folgendem Beispiel erläutert:

„Wenn ein Deutscher sogar in Deutschland zu einem Angriffskriege z. B. mit der Tschechoslowakei aufheben und sich dann in Polen aufhalten wird, wird er von den polnischen Gerichten zur strafrechtlichen Verantwortung gezogen werden können“... Durch die sog. Klausel der gesetzgebenden Analogie würde so die Strafbarkeit der Aushebung zu einem Angriffskriege gegen die Tschechoslowakei abhängig gemacht sein vom Bestehen einer analogen Vorschrift im tschechoslowakischen Strafgesetz, welche garantiert, daß, falls eine solche Kriegspropaganda gegen Polen gerichtet wäre, der betreffende Ausländer bzw. tschechoslowakische Staatsbürger vom tschechoslowakischen Gerichte zur Verantwortung gezogen werden würde. Den polnischen Strafgezettelatoren und mit ihnen auch der Polnischen Regierung schwächt das Ziel vor, daß diese Bestimmung in die Strafgesetze aller Staaten aufzunehmen finde. Dieses Ziel stellt sich aber als

ein rein utopisches Wunschgebilde

dar, denn die Erreichung derselben fehlt das wirkliche, wahrhaftige, tatsächliche Nichtbestehen von feindseligen Gefühlen im Verhältnis zueinander auch unter den Völkern voraus, welche gegenseitliche Interessen haben. Die Ursache der negativen Gefühle, die zu kriegerischen Stimmungen, dann zur Kriegspropaganda und schließlich zum Kriege führen, sind Interessengegensätze (wirkliche oder vermeintliche). Die internationalen Organisationen verhindern ganz nutzlos Zeit und Energie, wenn sie gegen... Gefühle nehmen, anstatt ernstlich alles ins Werk zu setzen, was geeignet wäre, zu einer solchen Organisation der Lebensbedingungen und Beziehungen der Völker beizutragen, durch welche zumindest die allgemein gefährlichsten Gegensätze bedeutend gemildert werden könnten. Gefühle sind doch psychische Begleiterscheinungen realer Zustände. Was nützt es, „liebe“ oder „schöne deinen Feind“ oder auch nur: „sei höflich gegen deinen Feind“ — zu predigen? Das Wesen der Sache besteht doch darin: Zustände zu schaffen, in denen der „Feind“ aufhört: Feind zu sein, d. h. Interessen gegenläufige in Interessenmenschäften umzugestalten. Gewiß ist die Umgestaltung nicht ohne eine tiefe Umwertung mancher allgemein anerkannter Werte zu erreichen. Es wäre sicher notwendig, daß die zivilisierten Völker die Möglichkeit gewisser falscher Götter, die von ihnen blutige Opfer fordern, schließlich einsehen. Aber mit neuen Formen der Heuchelei würde ihnen kaum geholfen werden. Es wäre ganz auf denkbar, daß Slogane aus den Schulbüchern, aus öffentlichen Reden ausgemerzt, daß das Wort „Angriffskrieg“, oder sogar „Krieg“ streng verboten sein könnte, ohne dem Kriege im mindesten vorzubeugen. Ein häßliches Wort läßt sich jederzeit ganz gut durch ein schönes ersetzen, aber das durch dieses Wort bezeichnete Ding könnte dabei ein blühendes Leben führen. Auf einer ganz hohen Stufe der Entwicklung der internationalen Heuchelei könnte es sich erneigen, daß ein Volk seinen ganzen Rüstungsapparat in Bewegung setzte, keineswegs um, wie jetzt China, sich eine ihm notwendig erscheinende Erweiterung der Existenzbedingungen zu „sichern“, sondern um an einem Nachbarvolke z. B. „eine zu dessen Heil dringend notwendige chirurgische Operation“ vorzunehmen.

Der polnische strafrechtliche Vorschlag wäre letzten Endes auch dann zwecklos, wenn er von allen Staaten angenommen werden würde. Wie steht die Verhältnisse auf der internationale Arena beschaffen sind, scheint dies ausgeschlossen. Höchstens besteht die Möglichkeit, daß Staaten, die miteinander politisch und militärisch verbündet sind, zu anderen Bindungen auch die strafrechtliche Gegenseitigkeitsverpflichtung hinzuzügen, mischliche Bürger eines gegnerischen Staates (oder einer Staatengruppe) vor das Gericht zu ziehen, wenn sie das Gebiet eines von diesen mit der betreffenden strafrechtlichen Bestimmung ausgerüsteten Staates zu betreten wagten. Das würde aber auf eine ungeheure Störung des Verkehrs mit unabsehbaren wirtschaftlichen Schädigungen hinauslaufen.

Von welcher Seite man also die polnischen Vorschläge zur moralischen Abrüstung auch betrachten mag, ist an ihnen nichts Reales zu erwarten. Doch auch als idealistisches Feuerwerk ist die polnische Initiative wenig effektiv. Versuchen wir nicht, zu erraten, welche diplomatischen Beweggründe die polnische Regierung dazu veranlaßt haben könnten, diese Denkschrift an die Abrüstungskonferenz gleichzeitig mit einem Dokument zu richten, in welchem Polen nach Darstellung seines Rüstungsstandes, diesen als ungenügend bezeichnet und es sich vorbehält, auf der Konferenz eine Erhöhung dieses Rüstungsstandes zu begründen. Es bedarf wahrscheinlich einer ganz außergewöhnlichen diplomatischen Begabung, und einer besonderen diplomatischen Psychologie, um den Inhalt des einen Dokumentes mit dem Inhalt des anderen glücklich zu vereinbaren. Die Forderung einer physischen Abrüstung kann unter Umständen, für sich genommen, berechtigt und vernünftig sein; die Forderung einer moralischen Abrüstung ist vor und für sich

etwas, das von der ganzen Welt längst anerkannt worden ist, sogar von den gräßlichsten Nationalisten aller Vänder. Aber wie will man die moralische Abrüstung mit der materiellen Abrüstung in Einklang bringen? Etwa so, daß der eine Staat militärisch auszurüsten berechtigt sei, während der andere Staat, gegen den gerüstet wird, sogar moralisch abzurüsten hätte? Oder hat das ganze Ding mit der moralischen Abrüstung einen ganz anderen Sinn und Zweck, den wir einfältige Bürgersleute nicht zu begreifen vermögen? O hohe Diplomatie, wie verschlungen sind deine Wege!

Die moralische Initiative der Polnischen Regierung hat — soviel wir merken — das stärkste Echo in Italien gefunden. Und zwar ist der Widerhall scharf abweisend. Die italienische Presse macht verschiedene kritische Einwendungen gegen die polnische Initiative, welcher sie den Zweck zuschreibt,

„die Abrüstungsfrage in einem Ozean von Untersuchungen und Forschungen zu erläutern“.

Der „Tevere“ meint, der polnische Vorschlag sei „ein Aufstieg in die verdünnte Stratosphäre der Ideologie“.

In der polnischen Presse waren es bisher nur die Organe des Regierungslagers, welche von der Denkschrift in feierlicher Ausmachung Kunde gaben, ohne sich jedoch bisher zu einem bemerkenswerten Besuch einer mehr als phrasenhaften, oberflächlichen Begründung aufgeschwungen zu haben. Die endetische Presse ignoriert sichtlich das ganze Unternehmen und verspricht sich von ihm offenbar keinen Profit für Polen, denn Koziell fährt fort, in seinen Korrespondenzen aus Genf darüber zu jammern, daß Polen in der großen Politik noch immer nicht mitspielt und weiter keine „Initiative“ entwickle. Nur die Sozialisten haben zur polnischen Initiative deutlich Stellung genommen. Der „Mobotnik“ zerstört die Poesie dieser Initiative in einem Artikel, in welchem er u. a. ausführt:

„Das Memorandum hebt mit Stolz hervor, daß das Projekt des neuen polnischen Strafgesetzes eine Gefängnisstrafe für die Kriegsheile vorstellt. Doch das Memorandum verschweigt, daß der Strafe nur derjenige unterliegt, der zum Angriffskriege aufruft. Die Geschichte lehrt jedoch, daß es Angriffskriege heimlich nicht gibt. Sogar den jungen ränkerischen Uversall auf China nennt Japan einen, daß man der Jugend die Ideale des internationalen Friedensfall“ zu „Verteidigungszwecken“.

Das Memorandum, das mit Recht die Kriegspropaganda betreibende Presse verdammt, empfiehlt Strafen gegen Journalisten, u. a. die Einschüfung eines internationalen, aus Journalisten als Richtern bestehenden Gerichtshofes. Das ist

ein naiver Einfall,

denn der für den Krieg agitierende Journalist handelt bei nahe niemals aus eigenem Antriebe, sondern entweder dient er einer Partei, Gruppe oder Koterie, oder er ist das Sprachrohr der Stimmungen, welche in der Volksgemeinschaft bereits verbreitet sind. Der „Kriegsjournalist“ ist das Werkzeug der Kriegsparteien oder -sektoren und solange das Bestehen dieser Parteien und Cliques nicht strafbar ist, kann man nicht die Journalisten mit der anstößlichen Schild belasten.

„An diesem Beispiel tritt — behutsam gesagt — die Einseitigkeit des polnischen Memorandums zutage, das hauptsächlich für den äußeren Effekt bestimmt ist.

Es sind noch andere Beispiele da, wie die Forderung, dens einzulösen, was man — leider Gottes — in der polnischen Schule nicht tut, — oder der Wunsch, daß der Völkerbund sich mit der Frage der moralischen Abrüstung im Rundfunk, im Theater, im Kino befassen soll, während wir doch alle wissen, daß die amateurische PAT mit einem Eifer, der einer besseren Sache würdig wäre, die Kinobesucher bis zum Überdruss mit Kriegsnahrung speist.

Aber dieser einseitige,

rein propagandistische Charakter des polnischen Memorandums

erscheint uns in vollem Maße erst nach der Zusammenstellung desselben mit dem anderen Dokument, nämlich mit den Informationen der Polnischen Regierung bezüglich des Rüstungsstandes in Polen. Diese Informationen schließen die ziffernmäßigen Daten und die Begründung des gegenwärtigen Rüstungsstandes mit der Bemerkung, daß die polnischen Rüstungen im Hinblick auf die Bedingungen, unter denen Polen lebt, eher ungenügend wären und daß sich Polen daher vorbehalte, auf der Abrüstungskonferenz mit entsprechenden Forderungen hervorzu treten.

„Eine schöne Ankündigung! Auf der Abrüstungskonferenz wird Polen verlangen, zu größeren Rüstungen als die bisherigen ermächtigt zu werden! Das Regierungsdokument spricht nichts von der Verminderung der Rüstungen der Nachbarn als der Garantie der Sicherheit Polens, dagegen von der Vergößerung der polnischen Wehrmacht.

„Dort im Memorandum über die moralische Entwaffnung schüttet die Polnische Regierung mit freigesriger Hand radikale Projekte aus, ruft nach Taten, empfiehlt strenge Strafen. Hier in den Informationen, besteht die Polnische Regierung auf der Unantastbarkeit des bestehenden Standes der Dinge und sagt sogar dessen Verstärkung an. Denn dort, im Memorandum, tritt die Polnische Regierung mit einer eigenen Initiative hervor, die man aufs prächtigste darstellen kann und soll. Hier in den Informationen, befindet sich die Polnische Regierung gewissermaßen in einer Zwangslage und kann ihrer „phantastischen“ nicht freien Lauf lassen. Je schlimer und banaler die Prosa der Informationen ist, desto funkelnder und appetitlicher ist die Poesie des Memorandums. Man gewinnt den Eindruck, daß das Memorandum bloß zu dem Zwecke entstanden ist, um die Informationen zu „verzögern“. Welches von den beiden Dokumenten den realesten und authentischsten Wert hat — wird jeder selbst erraten.

„Wir sind glühende Anhänger der moralischen Abrüstung, ohne welche die physische Abrüstung eine Fiktion wäre. Aber es ist nicht minder eine Fiktion, anzunehmen, daß man

zur physischen Abrüstung bloß durch die moralische Abrüstung

oder gar beim Wochustum der Rüstungen gelangen könne. Der größtmögliche Fortschritt der moralischen Abrüstung

bei gleichzeitigem Fortschritt der Rüstungen muß eines Tages den Krieg hervorrufen.

„Denn die Geschütze haben die Eigentümlichkeit, daß sie in einem gewissen Moment „selbst“ zu schießen beginnen“...

Neuregelung der Radiowellen.

Bor einer Konferenz in Locarno.

Das tschechoslowakische Postministerium hat an alle Postministerien Europas ein Schreiben gerichtet, worin es eine Änderung des „Plans von Prag“ vorschlägt. Dieser „Prager Plan von 1929“, dessen Väter vor allem die tschechoslowakischen Funkfachverständigen des tschechoslowakischen Postministeriums waren, regelte damals die Wellenverteilung und bestimmte, daß der Mindestwellenabstand zwischen zwei Sendern nur 9 kHz (Kilohertz) zu betragen habe. Damals rechnete man noch nicht mit den 100- und 120-Kilowattstationen, die in der Zwischenzeit gebaut wurden. Die Praxis hat aber im Laufe der Zeit gezeigt, daß der Wellenunterschied von 9 kHz bei Großstationen zu klein ist. Es gibt Großsender, die man nicht mehr rein empfangen kann. Ein Teil der tschechoslowakischen Sender gehört dazu (leider als Störer), Mühlacker-London, Preßburg-Heilsberg, Brüssel-Brüssel II stören einander im eigenen Sendebereich. Da Österreicher gibt es Hörer, die Preßburg besser als das nur wenige Kilometer entfernte Königsberg vernehmen; London wird in London von Mühlacker behindert.

Der Vorschlag des tschechoslowakischen Postministeriums geht nur dahin, den Mindestwellenunterschied auf 12 kHz hinaufzusehen. Das würde eine grundlegende Änderung eines der Prinzipien des Prager Plans bedeuten. Infolgedessen hat die tschechoslowakische Postverwaltung über Ansuchen des Weltrundfunkvereins an alle Postverwaltungen geschrieben, die den Prager Plan unterzeichnet haben, ob sie mit der Zusammensetzung der Experten einverstanden wären; freilich müßten diese mit weitgehenden Vollmachten ausgestattet sein. Als Kongressort wurde Prag vorgeschlagen. Da aber die Herbstversammlung der Union am 15. Oktober in Rom stattfindet und viele der Rundfunkvertreter auf dem Kongress in Rom zu tun hätten, hat sich die Schweizer Postverwaltung erbötzig gemacht, anschließend an den Kongress in Rom Vocauro als Kongressort zur Versammlung zu wählen. Ein Großteil der Staaten, darunter Deutschland und England, haben bereits ihr Einverständnis zum tschechoslowakischen Vorschlag erklärt.

Würde der tschechoslowakische Vorschlag auf Heraushebung der Mindestziffern auf 12 kHz Tatsache werden, so würden die Sender Europas die Wellen ändern; einzelne Großmächte müßten auf ein bis zwei Wellen verzichten und kleinere Sender durch Gleishwellenrundfunk betreiben lassen.

Darf ein Mieter auf dem Dach eine Antenne anlegen?

Mit dieser Frage hatte sich kürzlich das Oberste Gericht in Warschau zu beschäftigen und fällte dabei eine interessante Entscheidung.

In einem Spezialfalle hatte das Friedensgericht die Klage eines Mieters abgewiesen, der in einer Klage gegen den Hausbesitzer, bei dem er wohnte, behauptet hatte, daß ihm das Recht der Anlage einer Antenne auf dem Dach auf seine Kosten zustehe. Das Bezirksgericht stellte sich auf den entgegengesetzten Standpunkt und erkannte dem Mieter ein solches Recht zu. Der beklagte Hausbesitzer reichte nun gegen diese Entscheidung an das Oberste Gericht die Kassationsklage ein. Das Oberste Gericht kam zu dem Schluss, daß die Umstände, die bei der Anlage der Antenne in Betracht zu ziehen waren, nicht höflich berücksichtigt worden sind, und verwies die Klage nochmals an das Bezirksgericht zurück. Das Oberste Gericht stellte u. a. fest, es sei zwar allgemein bekannt, daß eine Radio-Anlage zu den Errungenschaften der Technik gehören, die für die Verbreitung der Kultur von außerordentlicher Bedeutung seien, daß die Einführung solcher Anlagen in die Mieträume im allgemeinen als den Bedürfnissen der Zeit entsprechend angesehen werden müsse und daß dies alles gewissermaßen zu einer normalen Benutzung der Wohnung gehöre. Gleichwohl sei es aber eine irre Annahme des Bezirksgerichts, daß die Anlage von Antennen auf dem Dach unter allen Umständen gestattet sei, auch wenn eine Genehmigung des Hausbesitzers nicht vorliege. Die Gerichte seien in jedem Einzelfalle verpflichtet, zu erwägen, ob nicht Umstände vorliegen, die allgemein die Anlage von Antennen infolge von gewissen Eigentümlichkeiten des Hauses (z. B. wegen des schwachen Baues des Gebäudes, wegen seiner historischen Bedeutung oder aus architektonisch-ästhetischen Gründen, oder wegen anderer Hindernisse) ausschließen.

Rundfunk-Programm.

Donnerstag, den 1. Oktober.

Königswusterhausen.

07.00 ca.: Von Berlin: Frühkonzert. 12.00: Vetter. Anhgl.: Drei Tage Wunderprogramm (II). (Schallplatten.) 14.00: Von Berlin: Schallplattenkonzert. 15.00: Kinderstunde. 15.45: Frauenstunde. Geh fleißig um mit deinen Kindern! 16.00: Von Berlin: Konzert. 17.30: Herbst an der See. 18.00: Hochzeitstanz. Gott und Glaube. 18.30: Spanisch für Fortgeschritten. 18.55: Vetter. 19.30: West und Wirkung der Kunst (I). 20.00: Von Langenberg: Aus Opern und Operetten. 22.00—00.00: Von Berlin: Tanzmusik.

Breslau-Gleiwitz.

06.45: Konzert (Schallplatten). 11.30, 12.10, 12.50: Schallplatten. 15.20: Kinderkonzert. Der große und der kleine Klaus. Hörspiel. 15.45: Das Buch des Tages. 16.00: Liederstunde. 16.35: Klavierkonzert (Schallplatten). 17.15: Das wird Sie interessieren! 18.10: Kindlers Not und Weg der Hilfe. 18.30: Gedichter Franz Danz: Wirtschaft und Kultur (II). 19.00: Vetter. Anhgl.: Abendkonzert. 20.30: Hört zu! Die Völker singen. Eine Unterhaltung mit Schallplatten. 21.40: Bild in die Zeit. 22.10: Aus der alten Zeit. Funkavolle.

Königsberg-Danzig.

06.00: Frühkonzert (Schallplatten). 11.30—12.30: Königsberg: Schallplatten. 12.30 und 18.00: Danzig: Schallplatten. 15.45: Jugendskunde. 16.15: Von Danzig: Blaskapelle. 17.45: Das Märchen von der Melodie, von Heribert Gräger. 18.30: Landwirtschaftsfunk. Der praktische Landwirt und seine zeitgemäße Ausbildung. 19.00: Englische Konversationsübungen. 19.30: Volkslieder aus dem 18. und 19. Jahrhundert. 20.00: Tanzabend.

Warschau.

16.00: Schallplatten. 16.30: Die ersten Tiere der Legion (Bilder). 17.15: Schallplatten. 18.00: Solistenkonzert. 19.25: Schallplatten. 20.15: Deutsche Musik. 21.00: Hörspiel: Monimartre. 23.00—24.00: Tanzmusik.

Wirtschaftliche Rundschau.

Nun auch Goldbasis
für die Danziger Hypotheken.

(Von unserem Danziger Mitarbeiter.)

Danzig, 28. September.

Nachdem sich die Danziger Währung vom englischen Pfund gelöst hatte und die Guldenwährung in eine Goldguldenwährung umgewandelt worden war, erhob sich allgemein die Frage: Und was wird mit den Danziger Hypothekenpfandbriefen, die wahlweise auf Pfund Sterling und Danziger Gulden lautend? Auch diese Frage ist nun beantwortet. Sie werden gleichfalls auf Goldbasis umgestellt und darüber hinaus wird auch die Feingoldklausel für Guldenhypotheken zugelassen.

Der Senat der Freien Stadt hat heute eine Rechtsverordnung erlassen, nach der nunmehr (Artikel 1) auch Guldenhypotheken in der Weise eingetragen werden, daß ein Gulden dem jeweiligen Preise von 0,292895 Gramm Feingold gleichgesetzt wird. Solche Guldenhypotheken mit Feingoldklausel können als Goldguldenhypotheken eingetragen werden. Für Hypotheken in ausländischer Währung, die für inländische, unter staatlicher Aufsicht stehende Bodencredit-Institute, die Pfandbriefe ausgeben, welche nach Wahl des Inhabers in ausländischer Währung oder Gulden verzinslich und rückzahlbar sind, gilt die Feingoldklausel (Artikel 2 der Rechtsverordnung) als mit dem Zeitpunkt der Eintragung im Grundbuch vereinbart, ohne daß die Eintragung selbst im Grundbuche erforderlich ist.

Auf Grund dieser Verordnung sind also sämtliche bisher für die Danziger Hypothekenbank Akt.-Ges. eingetragenen, auf Pfund Sterling lautenden Hypotheken mit der Feingoldklausel versehen worden und alle künftigen Hypotheken des Instituts werden als Guldenhypotheken mit der Feingoldklausel eingetragen. Die Danziger Hypothekenbank Akt.-Ges. hat dementsprechend ihre wahlweise auf Pfund Sterling und Danziger Gulden lautenden Pfandbriefe in ihrer Gesamtheit auf Feingoldbasis umgestellt, so daß sowohl die bisher ausgegebenen Pfandbriefe als auch die künftigen Emissionen Goldguldenpfandbriefe darstellen, die von jeglichem Währungsrisiko losgelöst sind.

Die Feingoldbasis für Hypotheken und Hypothekenpfandbriefe ist natürlich die gleiche, wie sie in dem abgeänderten Münzgesetz vorgesehen ist: ein Kg. Feingold = 3414,1880 Gulden, oder ein Gulden = 0,292895 Gramm Feingold.

Die Bank von Danzig ist nach dem Münzgesetz verpflichtet, für den Betrag ihrer im Umlauf befindlichen Noten und ihrer sonstigen täglich fälligen Verbindlichkeiten jederzeit eine Deckung von mindestens 40 Prozent in Gold oder Devisen zu halten. Das heißt natürlich nicht, daß die Bank von Danzig nur neue Goldmünzen ausspielt oder ihre Noten in Goldmünzen einlösst, sondern in Golddevisen, und evtl. in Goldbarren, obwohl das geänderte Münzgesetz auch die Einführung der Noten "in Danziger Goldmünzen" vorsieht. Die Wahl der Noteneinlösung ist im Gesetz der Wahl der Bank von Danzig überlassen, die sich nach den Grundsätzen, die zurzeit überall bestehen, bei Goldkronenwährungen ohne Goldumlauf.

Deckungsfähige Devisen müssen auf in Gold einlösbarer Währungen laufen und frei von allen Rechten Dritter sein. Die Deckung für den Rest hat in diskontierten Handelswechseln zu bestehen, die den Wortschriften genügen. Die Deckungspflicht wird über den Notenauslauf hinaus (83 1/4 Prozent) auf die Giroverpflichtungen erstreckt, zusammen auf 40 Prozent.

Wichtig ist, daß das Münzgesetz für den Fall, daß die Golddeckung für einen längeren Zeitraum als eine Bankausweisperiode unter 40 Prozent sinkt, muß die Bank von Danzig ihren Diskont- und Lombardsatz um wenigstens 1 Prozent erhöhen.

Außer ihren Noten muß die Bank von Danzig jederzeit zum vollen Nennwert in Zahlung nehmen das Metallgeld der Freien Stadt, selbstverständlich bei dem vorgesehenen Metallgehalt der in dem Ausmaß, daß ein Kopfsatz (auf den Kopf der im Staatsgebiet dauernd ansässigen Bevölkerung) von 20 Gulden bei Silbergeld und 3 Gulden bei Nickels- und Kupfermünzen nicht überschritten wird.

Bank Stadthagen erhält für weitere drei Monate Zahlungsaufschub.

In dem am 26. d. M. vom Burzgericht Bromberg gesuchten Gerichtsbesluß erhält die Bank M. Stadthagen Sp. Akt. in Bromberg einen weiteren dreimonatigen Zahlungsaufschub, der am 27. Dezember d. J. abläuft.

Kurssturz der polnischen Auslandsanleihen.

Die offiziellen polnischen Wirtschaftsorgane bemühen sich ganz besonders in den letzten Monaten, besonders aber seit Beginn der europäischen Währungskrisen im Sommer d. J., in der Bevölkerung den Glauben zu erwecken, daß zu den wenigen Staaten, die von der allgemeinen Krise so gut wie gar nicht betroffen wurden, auch Polen gehört. Bis zu einem gewissen Grade hat diese Behauptung insofern ihre Berechtigung, als die polnische Finanzwirtschaft von jener, noch internationalem Maßstab gemessen, in äußerst dürfstigen und armlichen Verhältnissen lebte und eine weitere Einschränkung vielfach gar nicht mehr möglich war, da man bereits von Anfang an sich aus Gründen der eigenen Kapitalknappheit die allergrößten Einschränkungen hat auferlegen müssen. Die vielfach aufgetauchte Behauptung, daß Polen von der allgemeinen Vertrauenskrise nicht ergriffen sei, ist völlig abwegig, es läßt sich an Hand der Kursentwicklung der staatlichen und kommunalen polnischen Auslandsanleihen an der maßgebenden New Yorker Börse das Gegenteil beweisen. Die Entwicklung dieser Kurse war seit Mai 1928 folgende:

Mai	Mai	Mai	Mai	19. Sept.
1928	1929	1930	1931	
8proz. Dillon-Anleihe vom Jahre 1925 101,2	95,6	94,8	81,2	39,87
6proz. Dollar-Anleihe 1920 86,0	76,9	77,7	68,0	47,13
7proz. Stabilisierungsanleihe v. J. 1927 91,0	83,7	84,6	77,8	46,75
7proz. Anleihe der Wojewodschaft Schlesien vom Jahre 1928 —	79,0	77,4	58,8	40,00
7proz. Anleihe der Stadt Warschau vom Jahre 1928 89,8	79,5	79,2	59,2	40,00

Während des abgelaufenen Sommers ist also ein Kurssturz der polnischen Auslandsanleihen bis zu 50 Prozent eingetreten, sie haben also keineswegs weniger an Wert verloren, wie die deutschen Auslandspapiere, die im Durchschnitt etwa um 20 bis 40 Prozent zurückgegangen sind. Schon die Währungsschwankungen der deutschen Mark im Juli verursachten einen raschen Kurssturz der polnischen Obligationen im Auslande. Aber auch die Krise des englischen Pfundes hat bereits in ihrem Anfangsstadium, das heißt in der Woche vom 14. bis 19. September d. J. einen äußerst nacheiligen Einfluß auf die polnischen Obligationenkurse gehabt. In der genannten Woche ging der Kurs der 8prozentigen Anleihe aus dem Jahre 1920 um 7 Prozent des Nominalwertes zurück, der Kurs der Stabilisierungsanleihe um 6 Prozent, der Kurs der Dillon-Anleihe um 15 Prozent, der Kurs der Schlesischen Wojewodschaftsanleihe um 45 Prozent und der Kurs der Warschauer Stadtanleihe um 8,5 Prozent.

Diese Kursrückgänge an der New Yorker Börse ließen parallel mit ähnlichen Kursverlusten der polnischen Obligationen vor allem an der Londoner Börse. Auch an der Bürscher Börse ist beispielsweise der Kurs für die Stabilisierungsanleihe bis auf 52 Prozent des Nominalwertes zurückgegangen. Lediglich in Paris hält der Kurs für diese Anleihe sich auf etwa 85 Prozent, was aber völlig bedeutungslos ist in Abetracht der Tatsache, daß aus politischen Gründen die polnische Regierung den Kurs der Stabilisierungsanleihe in Paris ausschließlich durch eigene Interventionen gestützt hat.

Die Weichsel Schiffahrt.

Der Verkehr auf der Weichsel ist in diesem Jahr wesentlich hinter dem vorjährigen zurückgeblieben. Das ist aber zum guten Teil die Folge davon, daß infolge des langen Winters der Verkehr erst einen vollen Monat später als im Durchschnitt in Gang kam. Durch die Eisläger Schleuse sind bis Ende Juli 1931 from-

Neue Zollsätze für Bücher und Zeitschriften.

ab 1. Oktober 1931.

Am 1. Oktober d. J. tritt ein Zolltarif in Kraft, der für Bücher und Zeitschriften neue Zollsätze bestimmt. Dieser Zolltarif ist in Wirklichkeit ein Abschluß einer Wirtschaftsentwicklung, die bekanntlich seit Jahren besteht ist, die lithographischen Anstalten und Druckereien Polens möglichst unabhängig vom Auslande zu machen und ihnen demnach einen wirtschaftlichen Schutz einzuräumen. Ob dieser Zeitpunkt schon erreicht ist, wird die Zeit lehren. In Wirklichkeit bedeutet dieser Zolltarif ein Kampf, der den im Auslande gedruckten Bildern, Zeitungen und Zeitschriften in polnischer Sprache gilt. Bekannt ist die Tatsache, daß die Verlagsanstalten Polens vielfach Werke, die am polnischen Buchmarkt zum Verkauf kommen, im Auslande in polnischer Sprache drucken und ausstatten lassen, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil bestimmte Sonderdrucke und Ausstattungen bei der in Polen noch vielfach auf dieser Stufe stehenden Buchkultur sich vielfach nicht herstellen lassen. Zollsatz sind dagegen Zeitungen und Zeitschriften in polnischer Sprache, deren Redaktionen und Verlagsanstalten im Auslande geschäftig sind und einer polnischen Organisation im Auslande angehören.

Bücher, Zeitungen und Zeitschriften in einer fremden Sprache bleiben weiterhin zollfrei. Die Einführung eines besonderen Zollsatzes für Kinderbilderbücher bedeutet eine Verminderung der bisherigen Zollbelastung, denn diese Artikel wurden bisher gemäß Pos. 178 P. 46 mit einem Zollsatz von 780 Zloty für 100 kg. verzollt.

Die Position 178 des polnischen Einfuhrzolltarifes hat nunmehr vom 1. Oktober 1931 ab folgenden Wortlaut:

Pos. des B. Warenbezeichnung Zoll in 31. Zolltarif pro 100 kg

178 Bücher, graphische Erzeugnisse, sowie Photographien:

a) Bilderbücher für Kinder mit Text:

I. bei denen der Text überwiegt 120,—

II. bei denen die Bilder überwiegen bzw. ohne Text 300,—

b) Bücher, mit Illustrationscharakter, in denen der Text überwiegt:

I. in polnischer Sprache 120,—

II. in fremden Sprachen zollfrei

c) alle anderen, außer den in Num. 3 genannten:

I. in polnischer Sprache, gedruckt, außerhalb der Grenze des polnischen Zollgebiets 120,—

II. in fremden Sprachen zollfrei

Anmerkung 1: Bücher und Broschüren in polnischer Sprache, gedruckt außerhalb der Grenze des polnis-

chen Zollgebiets, sowie illustrierte, künstlerische und Lehrbücher, die erläuternden Text in mehreren Sprachen befreien, darunter auch in polnischer — alles auch in Einbänden mit Rücken — mit Genehmigung des Finanzministeriums.

Anmerkung 2: Bücher und Lexika, zweisprachig, auch wenn eine Sprache die polnische ist, unterliegen einer Verzollung wie Bücher in fremden Sprachen.

Anmerkung 3: Bücher mit Albumcharakter, in denen die Illustrationen überwiegen, ohne Rücksicht auf die Sprache des Textes, unterliegen einer Verzollung nach Pos. 178 P. 5 a) oder b).

2. Zeitungen und Zeitschriften:

a) Zeitungen und Zeitschriften:

I. in polnischer Sprache 200,—

II. in fremden Sprachen zollfrei

b) Zeitungen und Zeitschriften, nicht illustriert, bzw. mit Illustrationen, die keinen künstlerischen Charakter haben (z. B. Illustrationen in Tageszeitungen):

I. in polnischer Sprache 120,—

II. in fremden Sprachen zollfrei

3. Noten, Pläne, außer den besonders genannten, auch Atlanten, selbst aufgezogene, eingebundene in Verbindung mit Leisten:

a) einfärbig 300,—

b) mehrfarbig 585,—

5. Bilder, Zeichnungen, Steinindrücke, sowie Reproduktionen aller Art, auf Papier ausgeführt, auf Karton und Pappe bedruckt, im graphischen Verfahren, außer den besonders genannten:

a) einfärbig 156,—

b) mehrfarbig, außer den besonders genannten 468,—

c) mehrfarbig: Bilder, Tafeln, naturwissenschaftliche und technische Atlanten, Tafeln und Bilder, aufgezogen auf Papier, Karton, Pappe, auch unterlegt, sowie diesen ähnliche — alles als Schul- und Lehrmittel 284,—

Anmerkung: Oldrucke, Steinindrücke, sowie Reproduktionen von Bildern polnischer Künstler, von künstlerischem Wert (außer Postkarten) aller Art — mit Genehmigung des Finanzministeriums zollfrei

6. Photographien aller Art, außer Postkarten 500,—

Anmerkung: Photographien, auch in Gestalt von Postkarten, in einzelnen Exemplaren, sowie Photographien, verändert als Redaktionsmaterial für Tageszeitungen und Zeitschriften zollfrei

7. Postkarten, auch wenn mit der Hand ausgeführt 780,—

8. Mit der Hand ausgeführte: Bilder, Zeichnungen, Mappen, Pläne, Noten, sowie Manuskripte, ebenso ausgefüllt mit der Hand oder mit Maschinenschrift: Handelsbücher, Kontobücher, verschiedene Blankette, Quittungen u. a. zollfrei

9. Drucksachen, sowie Zeichnungen für den gewerblichen und Handelsgebrauch: Kalender, Maueranschläge, Plakate, Preislisten, Kataloge, Prospekte, Etiketten, Programme, Manipulationsdrucksachen, Besuchskarten, Fahrkarten für Verkehr aller Art, Eintrittskarten für verschiedene Schaustellungen usw., und auch nicht ausgefüllte Fakturen, Blankette, Formulare, Schemen, Einladungen u. dgl.: a) einfärbig 260,—

b) mehrfarbig 780,—

Anmerkung: Zur Reklame: Bücher, Broschüren, Preislisten, Kataloge, Prospekte, Plakate ausländischer Firmen, sowie aller Art Drucksachen betr. die ausländische Tourismuspropaganda — mit Genehmigung des Finanzministeriums zollfrei

Allgemeine Anmerkung: Von den in dieser Position genannten Waren, mit Ausnahme der in den Punkten 1. a), 1. b) und 4. genannten, eingeschlossen in Einbänden mit Rücken, wird ein Aufzollungszoll erhoben in Höhe von 65,—

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reinen Goldes wurde gemäß Verfügung im „Monitor Polki“ für den 29. September auf 5,9244 Zloty festgestellt.

Der Zinssatz der Bank Polki beträgt 7 1/2%, der Lombardzins 8 1/2%.

Der Zloty am 28. September. Danzig: Ueberweisung 57,46 bis 57,58, bar 57,49—57,61, Berlin: Ueberweisung, große Scheine 47,00—47,40, Paris: Ueberweisung 282,00, London: Ueberweisung —.

Warschauer Börse vom 28. Septbr. Umsätze, Verkauf — Kauf. Belgien 124,10—124,41 — 123,79, Belgrad —, Budapest —, Bulearest —, Danzig 173,90—174,33 — 173,47, Helsingfors —, Spanien —, Holland 358,30—359,20 — 357,40, Japan —, Konstantinopel —, Kopenhagen —, London 84,75—84,85 — 34,35 — 34,15, New York 8,925, 8,945—8,905, Oslo 26,50—26,88, Riga —, Stockholm —, Schweiz 174,69—175,12 — 174,26, 26,50—26,88, Riga —, Stockholm —, Schweiz 174,69—175,12 — 174,26, Tallinn —, Wien —, Italien —.

* London Umsätze 34,75—34,25.

Berlin, 28. September. Amtliche Devisenkurse. London 16,94—16,00, New York 4,20—4,22, Holland 169,46—170,14, Belgien 58,50—58,74, Schweden 99,65—100,05, Danzig 81,84—82,16, Italien 21,81—21,89, Paris 16,67—16,73, Schweiz 81,99—82,81, Wien 59,02—59,26, Prag 12,495—12,495.

Amtliche Devisen-Notierungen der Danziger Börse vom 28. September. In Danziger Gulden wurden notiert Devisen: London —, Br., —, Br., New York —, —, Br., —, Br., Berlin —, Br., —, Br., —, Br., Warschau 57,49 Br., 57,61 Br., Noten: London 19,63—19,72 Br